

CLASSIFICATION CONFIDENTIAL

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY
INFORMATION REPORT

REPORT NO. [REDACTED]

CD NO. [REDACTED]

COUNTRY Austria

DATE DISTR. 4 October 1950

SUBJECT Copy of Die Industrie

NO. OF PAGES 1

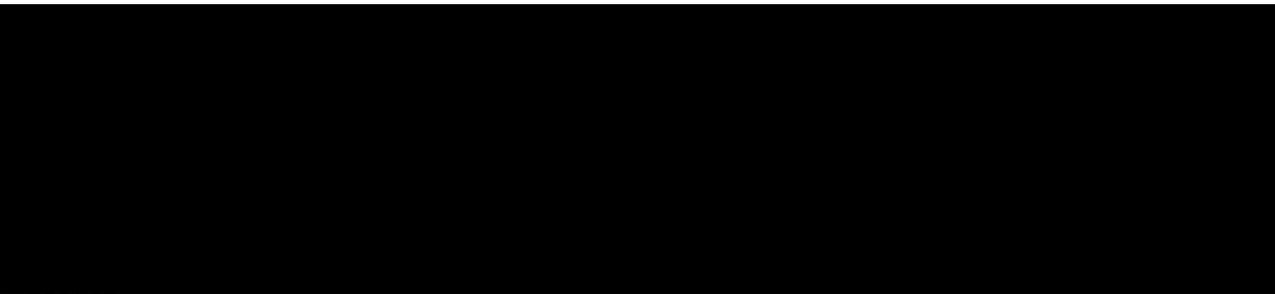
PLACE ACQUIRED [REDACTED]

25X1A

NO. OF ENCLS. (LISTED BELOW)

DATE OF IN ACQUIRED [REDACTED]

SUPPLEMENT TO REPORT NO. 25X1X



The attached copy of Die Industrie, dated 2 September 1950, is sent to you for retention.

THIS DOCUMENT HAS AN ENCLOSURE ATTACHED
DO NOT DETACH

Handwritten notes and signatures:
① ~~_____~~
~~_____~~
3- ~~_____~~
4- *Er*
5- *Ref*

W/E
OCT 11 12 30 PM '50

CLASSIFICATION CONFIDENTIAL

STATE	NAVY	NSRB	DISTRIBUTION						
ARMY	AIR	ORE	X						

CONFIDENTIAL

CPYRGHT

25X1A

THIS IS AN ENCLOSURE TO
DO NOT DETACH

WIRTSCHAFTS WIRTSCHAFTS

Organ der Vereinigung Österreichischer Industrieller

Nummer 35

Wien, 2. September 1950

50. Jahrgang

CONFIDENTIAL

DIPL.-ING. WILHELM

LANTNER

ELEKTRO-GROSSHANDLUNG / LAMPENSCHIRMERZEUGUNG
WIEN VII/62 KAISERSTRASSE 36. TELEFON: B 32-0-86

GESAMTES ELEKTRO-MATERIAL! SPEZIELL: BELEUCHTUNGSKÖRPER FÜR JEDEN ZWECK! SÄMTLICHES ELEKTROPORZELLAN! ISOLIERTAFELN AUS HARTPAPIER!

Jeden einschlägigen Industriebedarf!

Persicaner & Co.

Wien I, Schottenring 25
A 11-0-55 und A 11-0-57 / Gegründet 1875

Technische Gummi- und Asbestwaren, Dichtungsmaterial, Armaturen, Treibriemen, Keilriemen, Förderbänder, Hartpapier und Gewebe

BREVILLIER-URBAN A.G.

...Der österreichische,
der gute
Bleistift

NEUE ÖSTERREICHISCHE
BROWN-BOVERI-A.G.

INNSBRUCK INNRAIN 37 A
INGENIEURBÜRO WIEN, I., FRANZ-JOSEFS-KAI 47

VERTRIEB VON ERZEUGNISSEN DER
A. G. BROWN, BOVERI & CIE., BADEN (SCHWEIZ)

DAMPFTURBINEN
VELOX-KESSELANLAGEN
GROSSGENERATOREN
REGULIERTRANSFORMATOREN
GENERATOR- UND TRANSFORMATORSCHUTZ-
EINRICHTUNGEN
SCHNELLREGLER
SCHNELLSYNCHRONISIEREINRICHTUNGEN
GROSSGLEICHRICHTERANLAGEN
SPEZIALANTRIEBE FÜR DAS GESAMTE GEBIET
DER INDUSTRIELLEN ANTRIEBSTECHNIK
ELEKTRISCHE HEBEZEUGAUSRÜSTUNGEN FÜR
SCHWERSTE BETRIEBSBEDINGUNGEN
FÖRDERMASCHINEN-AUSRÜSTUNGEN
PUNKT- UND STUMPFSCHEISSMASCHINEN
ABGAS-TURBOLADER
SENDER- UND GLEICHRICHTERRÖHREN
SENDER EIGENER TECHNIK
TELEPHON FÜR AUTO, SCHIFF, BAHN UND
FLUGZEUG
FERNMELDE- UND FERNWIRKANLAGEN
HOCHFREQUENZ-GENERATOREN

1131 a

1873  1948

LANGBEIN-PFANHAUSER- WERKE

Älteste und größte Spezialfabrik
für Galvanotechnik und Metallpolierung
in Österreich

WIEN XIV/89, GUSENLEITHNERGASSE 14

TELEPHON
A 39-5-55, A 39-5-56, A 39-5-61

STADTNIEDERLAGE:
WIEN VII, WESTBAHNSTRASSE 5
TELEPHON B 32-0-76

433

Die Industrie

ZEITSCHRIFT FÜR DIE INTERESSEN DER ÖSTERREICHISCHEN INDUSTRIE
OFFIZIELLES ORGAN DER VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER

REDAKTION UND VERWALTUNG
VIII, PIARISTENGASSE 17 / A 21-0-50, A 29-4-98

REDAKTION SALZBURG
SALZBURG, SCHWARZSTRASSE 21 / TEL. 4145

PRESSEREFERAT DER VEREINIGUNG ÖSTERR. INDUSTRIELLER WIEN III, STALINPLATZ 4, TEL. U17-5-70

ERSCHEINT WÖCHENTLICH

JAHRESABONNEMENT S 120.—

EINZELPREIS S 3.—

Nachdruck sämtlicher Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

50. Jahrgang

Wien, 2. September 1950

Nummer 35

INHALT: Warum noch Subventionen? Grundsätzliche Feststellungen des Finanzministers auf der Tagung in Bad Ischl / Ein wichtiger Schritt vorwärts. Aus einem Gespräch mit Minister a. D. Prof. Dr. Taucher / Die Eisen- und Stahlkapazität Großbritanniens / Das nationalökonomische Forum Österreichs / Wirtschaftsbrief aus Westdeutschland / Information und Glosse: Der internationale Rohstoffmarkt — Die Entwicklung der westdeutschen Stahlproduktion — I.G. Entflechtung und die Auslandsaktiönäre — Konjunkturanstieg in der Schweiz — Nivellierung oder Persönlichkeit usw. / Außenhandelsdienst der „Industrie“ / Zollnachrichten / Tarifnachrichten / Bücher

Warum noch Subventionen?

Grundsätzliche Feststellungen des Finanzministers auf der Tagung in Bad Ischl

Auf der „Wirtschaftswissenschaftlichen Tagung 1950 in Bad Ischl“, über die wir noch an anderer Stelle dieser Ausgabe berichten, ergriff auch Bundesminister Dr. Eugen Margaretha das Wort zu grundsätzlichen Ausführungen über die praktischen Durchführungsmöglichkeiten finanztheoretischer Grundsätze. Ein Teil seiner Rede war auch dem Thema der Subventionen gewidmet; wir entnehmen diesem Abschnitt die nachstehenden Feststellungen, die für die gesamte österreichische Wirtschaft von höchster Bedeutung sind:

Es ist ein allgemein anerkannter Grundsatz und eine immer wieder von neuem erhobene Forderung, alle Subventionen durch die öffentliche Hand abzubauen, bzw. einzustellen. Was ist jedoch nicht alles in den letzten zehn Jahren und insbesondere auch in den letzten fünf Jahren gegen diesen Grundsatz gesündigt worden! Nicht etwa die öffentliche Hand allein gewährt Subventionen, sondern sie zwingt andere, Subventionen zu gewähren und verzichtet dafür auf Steuern und Abgaben aller jener, die diese Subventionen gewähren müssen.

Besonders instruktiv ist die Entwicklung auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Erzeugung. Die Preise haben die Selbstkosten nicht gedeckt und decken sie vielfach auch heute noch nicht, obgleich man der Landwirtschaft — insbesondere in den letzten Jahren — über Marshall-Plan-Lieferungen verbilligtes Saatgut, billige Düngemittel und Schädlingsbekämpfungsmittel, zum Teil auch kostenlos landwirtschaftliche Maschinen geliefert hat. Der Subventionierte mußte also andere subventionieren — die Konsumenten — und da er dabei noch immer nicht seine Kosten decken konnte oder es zumindest behauptet, so bleibt nichts anderes übrig, als daß der Staat auf Steuern aus der Landwirtschaft so gut wie verzichtet und daher den Einnahmeausfall bei den Subventionierten — also der Masse der Konsumenten — suchen muß. Er besteuert sie mehr, damit er ihnen Brot und andere Lebensmittel billiger geben kann.

Ein anderes Beispiel, das nicht gerade ein Auswuchs des letzten Weltkrieges und seiner Folgen ist, ist die Subventionierung der Mietzinse für Wohnungen und Geschäftslokale. In diesem Falle obliegt es dem Hausbesitzer, sein Produkt nicht etwa weit unter den Gestehungskosten, sondern beinahe gratis abzugeben. Es ist zwar richtig, daß sich dadurch die Lebenskosten des Hauptmieters und die Gestehungskosten des Mieters eines Geschäftslokales wesentlich verbilligen. Und da man nun einmal den Lebenskosten-

index nach den Mietkosten der Hauptmieter berechnet, ist es eine willkommene Fiktion, daß sich dank dieser Mietzinsbildung die Lebenskosten auf dem Gebiete des Wohnungszinses nicht verteuern. Um welchen Preis geschieht dies? Zunächst einmal kommt diese Subvention nur den Hauptmietern von Wohnungen und nicht einmal diesen zu Gänze zugute, denn alle Reparaturen, die früher einmal ein Hausherr zumindest beim Wohnungswechsel leisten mußte, muß heute der Mieter selbst bezahlen. Die große Zahl der Untermieter hat überhaupt nichts von dieser Subvention, denn der Hauptmieter steckt sie als teilweise arbeitsloses Einkommen ein. Das Kapital, das hier arbeitsloses Einkommen abwirft, ist nicht mehr der Hausbesitzer, sondern der Besitz einer unkündbaren Wohnung. Wir sehen also, daß die in der Zinsbildung der Mieten gelegene Subvention keineswegs immer dem Konsumenten zugute kommt, und daß die Verbilligung der Lebenshaltungskosten vielfach rein fiktiv ist. Welche Bedeutung aber hat diese Entwicklung für die Staatseinnahmen?

Die Mietzinssteuer und die Grundsteuer vom Hausbesitzer waren früher einmal Säulen der Staatseinnahme. Nunmehr sind sie völlig verkümmert und man kann nicht daran denken, diese Steuern der Geldentwertung anzupassen, weil sonst das vom Hausbesitzer für die Subvention gebrachte Opfer wieder paralisiert würde. Da man aber einmal der Staat Einnahmen braucht, so sucht er sie wieder bei der Einkommensteuer oder bei den Verbrauchssteuern und nimmt dem Konsumenten, was er ihm über die Subvention beim Mietzins gibt, durch eine progressive Einkommensteuer, durch die Warenumsatzsteuer, durch Weinsteuern, Biersteuer usw. wieder weg. Zu kurz kommen jene, die als Untermieter bei der Mietzinsbildung keine Subvention erhalten, Vorteile haben nur jene Hauptmieter, als Pensionisten oder Kleinrentner eine niedrige Einkommensteuer zahlen und ihr schwer erfaßbares Einkommen aus Untervermietung verschweigen. Besondere Nachteile haben jene Hausbesitzer, die oft nicht einmal eine Pension oder Rente beziehen und vom Kapitalbesitzer ihres Hausvermögensteuer, Besatzungskostensteuer vom Vermögen und Vermögensabgabe leisten müssen, durchwegs Steuern die der Staat aufrechterhalten, bzw. neu einführen muß, um für den Entgang anderer Steuern Ersatz zu schaffen.

Man glaube aber ja nicht, daß es mit dieser Art Subventionierung abgetan sei. Die Subventionen der verschiedenen Tarife (Bundesbahnen, Post, Straßenbahn

tarife für Strom und Gas) sind ein nicht weniger schwieriges Kapitel. Hier handelt es sich zumeist um Subventionen, die unmittelbar die öffentliche Hand leistet. Bei den Bundesbahnen hat sich seit dem dritten Lohn- und Preisabkommen die Situation gebessert. Die Gütertarife betragen heute im Durchschnitt schon das 2,75fache der Friedenssätze, die Personentarife das 1,95fache. Sie können nun schwerlich mehr erhöht werden, weil sonst mit einem Rückgang des Verkehrs und einer Abwanderung auf die Straße gerechnet werden müßte. Nach dem Vorschlag wird der Bedarf für die Bundesbahnen nur mehr ein Defizit von rund 80 Millionen Schilling zu decken haben, wofür er Steuererträge heranziehen muß.

Es wird vielfach auch übersehen, daß Industrie, Gewerbe, die Verkehrsmittel sowie auch die einzelnen Haushalte Kohle zu subventionierten Preisen bezogen haben, zum Teil auch noch beziehen. Es war zunächst eine Subvention über einen fiktiven Wechselkurs (zuerst 1 Dollar = 10 Schilling, später 1 Dollar = 14,4 Schilling), aber auch bei dem Wechselkurs von 21,36 wird noch eine gewisse Subvention liegen, weil eine Bevorzugung in der Zuteilung von Kohle für Kohlenbezüge besteht. Natürlich stecken auch Subventionen in den Tarifen für Gas und Strom, und zwar als Subvention für verbilligte Kohle zur Erzeugung von elektrischem Strom und Gas, darüber hinaus aber noch eine staatliche Subvention, die dadurch entsteht, daß die Gaswerke und die Stromerzeugungsunternehmungen keine der völlig unzulängliche Posten für Erneuerung ihrer feststehenden Anlagen einsetzen. Hier zeigt sich besonders deutlich der verschrobene Weg von Subventionen. Man will in Elektrizitätsgesellschaften einen Tarif verwehren, der die genügende Investitionsquote gestattet, und trägt sich daher mit dem Gedanken, über den Weg einer Energieabgabe es wird darüber debattiert, ob und inwieweit der Staat oder die Länder hierzu ermächtigt sind) die Mittel für die Wiederinstandsetzung und Erweiterung von Anlagen flussbringen.

Wie leicht es ist, Subventionen einzuführen, so schwer ist es wieder zu beseitigen. Bis jetzt hat man sich in Verhandlungen mit Lohn- und Preisabkommen geholfen, bei denen die durch Beseitigung von Subventionen entstandenen neuen Preise und die so hervorgerufene Steigerung der

Lebenskosten in Form von Lohn- und Gehaltserhöhungen aufgefangen und geregelt worden sind. Wir stehen wieder vor einer solchen überaus heiklen Operation. Die Agrarpreise sollen den Weltmarktpreisen zwar nicht angeglichen, aber doch so weit genähert werden, daß sie auch bei Brotgetreide die Selbstkosten decken. Die bisher über den Marshall-Plan getätigten Einfuhren sollen im Zusammenhang mit der beabsichtigten Vereinheitlichung der derzeit drei verschiedenen Wechselkurse zum neuen Einheitskurs übernommen werden, wodurch sich die Eingänge auf Counterparts vermehren, aber die Subventionen über einen Wechselkurs von 10 bzw. 14,4 entfallen würden. Wenn auch die theoretische Forderung nach Vereinheitlichung des Wechselkurses und nach Beseitigung von Subventionen noch so berechtigt sein mag, so zeigen doch die Erfahrungen in anderen Ländern, daß man sich in Zeiten, wie sie heute sind, nur mit Subventionen helfen kann. Amerika zahlt seinen Farmern in Form von garantierten Übernahme-Subventionen, England subventioniert gleichfalls einige wichtige Lebensmittel, in Westdeutschland mußte die Regierung Adenauer entgegen ihrer Absicht die Subventionen auf Brotgetreide und andere wichtige Lebensmittel aufrecht erhalten und in den Volkstemokratien setzt man die Preise willkürlich fest; in der Preiserstellung liegt dort einmal eine Subvention, einmal eine Konsumsteuer. Eine ideale Lösung bedeuten diese verschiedenen Subventionen natürlich nicht, gleichgültig, ob sie von der öffentlichen Hand selbst gewährt werden oder ob andere gezwungen werden, Subventionen zu geben, wodurch die öffentliche Hand wieder auf Steuereinnahmen von diesen anderen verzichten, bzw. sie sogar subventionieren muß.

Die praktische Durchsetzung eines als richtig erkannten theoretischen Grundsatzes ist jedoch an Voraussetzungen gebunden, die in einer vom Krieg und den damit verbundenen Zerstörungen betroffenen Volkswirtschaft nicht gegeben sind. Die Wiederherstellung dieser Voraussetzungen erfordert nicht nur Zeit, sondern auch Kapital und eine psychologische Bereitschaft, nicht zuletzt auch eine innenpolitische und außenpolitische Förderung. Nur bei vollem Zusammenwirken aller dieser Faktoren kann wieder die systematische Durchsetzung der theoretisch als richtig erkannten Grundsätze und damit die Rückkehr zu volkswirtschaftlich gesunden Verhältnissen stattfinden.

Ein wichtiger Schritt vorwärts

Aus einem Gespräch mit Minister a. D. Prof. Dr. Taucher

Die Ankündigung des Leiters des Zentralbüros für ERP-Angelegenheiten, Minister a. D. Prof. Dr. Taucher, über wirtschaftswissenschaftlichen Tagung in Bad Ischl, die zunächst schon mit weiteren Counterpartaufgaben in der Höhe von mehr als einer Tausend Millionen Schilling zu rechnen sei, ist von der österreichischen Wirtschaft mit großer Befriedigung aufgenommen worden. Dies umso mehr, als die Freigaben, die in die Zukunft bekanntlich 2,8 Milliarden Schilling betragen sollen, äußerst stockend vor sich gingen und bis jetzt erst ein Betrag von 950 Millionen Schilling erreicht haben, wofür wie „Die Industrie“ wiederholt festgestellt hat — die Wirtschaft angesichts der Kreditverknappung in beunruhigendem Besorgnis geriet. In einem Gespräch, das unser Reporter mit Prof. Dr. Taucher zu führen Gelegenheit hatte, teilte der verantwortliche Leiter des ERP-Büros mit, daß die neuen großen Freigaben noch in dieser Woche mit Sicherheit zu erwarten seien. Jetzt wird es nun möglich sein, rechtzeitig alle Vorkehrungen zu treffen, um die Arbeitslosigkeit in erträglichen Grenzen zu halten und die notwendigen Investitionen fortzuführen.

Prof. Dr. Taucher sprach dann über die großen Schwierigkeiten, die der Bildung der Zahlungsunion von

allem Anfang an entgegenstanden. Es sei daher doppelt begrüßenswert, daß man sich nach einer halbjährigen scharfen Auseinandersetzung in Paris über die Grundsätze einer Zahlungsunion der neunzehn von der OEEC erfaßten Staaten im wesentlichen geeinigt habe, womit ein wichtiger Schritt vorwärts gelungen sei. Der nun vorliegende Diskussionsentwurf der ECA sieht bekanntlich die Konvertibilität der Währungen aller Teilnehmerstaaten vor, was als letzte Konsequenz die Einführung eines Goldwährungsmechanismus zur Folge haben wird. Der gesamte Zahlungsverkehr der Teilnehmerstaaten soll durch ein Clearing erfolgen, wobei jeder Staat bei der Union ein Konto hat, über das er Zahlungen von allen anderen Mitgliedstaaten erhalten oder an diese leisten kann. Für den Ausgleich von Defiziten und Überschüssen sollen Sonderprämien gewährt werden, um Gläubiger- und Schuldnerstaaten zu einem Ausgleich ihrer Konten anzuregen.

Die beschlossene multilaterale Regelung könne zwar erst definitiv in Kraft treten, wenn die Höhe des ECA-Fonds festgesetzt ist, der zum Ausgleich der konvertiblen Guthaben und der Schulden der Union dienen soll; man müsse aber dennoch zufrieden sein, betonte Prof. Taucher, daß auf diesem schwierigen Gebiet alle bedeutsamen Meinungsverschiedenheiten zwischen Großbritannien und den

skandinavischen Ländern einerseits und den kontinentalen Mächten andererseits beseitigt werden konnten. Die Bedenken Großbritanniens bestanden vor allem in der Befürchtung, daß im Falle eines plötzlichen Goldtransfers die Liquidierung der alten Schulden eintreten würde und auch darin, daß England im Sinne der Empire-Politik die Aufrechterhaltung des Pfundes als internationale Währung — nicht nur innerhalb des Commonwealth, sondern auch in der übrigen Welt — nicht aufs Spiel setzen wollte. Die Haltung Englands, die Bedenken der skandinavischen Staaten und die zeitweise Weigerung Belgiens, der Zahlungsunion beizutreten, brachten die Verhandlungen in Paris an einen toten Punkt, die erst durch die Außenministerkonferenz zu Beginn des Sommers überwunden werden konnte, wodurch die Verhandlungen wieder flott gemacht wurden.

Ein wichtiger Abschnitt in dem neuen Entwurf betrifft die Ausgangsposition jener Staaten, die sich in besonders schwieriger Zahlungsbilanzlage befinden. Diesen Staaten — zu ihnen gehört auch Österreich — wird eine Art „Vorgabe“ zugestanden, um die bestehenden wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten möglichst auszugleichen und eine gemeinsame Grundlage für die gleichberechtigte Teilnahme an der Zahlungsunion zu schaffen.

Auf handelspolitischem Gebiet unterstrich Professor Dr. Taucher die Bedeutung der kommenden Zollverhandlungen in Torquay, an denen übrigens die Tschechoslowakei als einziger östlich orientierter Staat teilnehmen wird. Der gedeihliche Abschluß dieser Verhandlungen wird allerdings weitgehend von der Haltung der USA abhängen.

Die Liberalisierung habe beachtliche Fortschritte gemacht, man dürfe aber nicht übersehen, daß die Wirtschaftssysteme der verschiedenen Staaten, die sich durch einen gemeinsamen Europlan verbinden wollen, in ihrer Struktur weitgehende Differenzen aufweisen und daß deshalb eine Koordinierung, wie sie der Plan vorsieht, auf erhebliche Schwierigkeiten stößt. Die heftigen Erörterungen um den Schumann-Plan, der in gewissem Sinne ebenfalls in den Bereich der Europaplanung gehört, haben für diese

Letzte Meldung:

Wie wir erfahren, ist die erwartete Freigabe soeben erfolgt. Es wurden 1.200 Millionen Schilling aus dem ERP-Sonderkonto zur weiteren Finanzierung des österreichischen Investitionsprogrammes 1950 freigegeben. Es ist somit anzunehmen, daß die geplante Zuteilung von insgesamt 2.825 Millionen Schilling für das laufende Jahr erreicht werden wird.

Schwierigkeiten ein instruktives Bild liefert.

Der Leiter des ERP-Büros kam schließlich auf den österreichischen Dreijahresplan*) zu sprechen, der vor allem den Zweck habe, die noch einströmenden Counterpart-Beträge so einzusetzen, daß die Wirtschaftsbedürfnisse nach ihrer Priorität befriedigt werden, wobei die Verbesserung der Zahlungsbilanz auf jeden Fall im Vordergrund zu stehen habe. Es müsse vermieden werden, daß Österreich im Jahre 1952 ein industrieller Torso sei, der kein selbständiges wirtschaftliches Leben führen könne. Das Dreijahres-Programm, das bekanntlich Investitionen in der Höhe von 18 Milliarden Schilling vorsieht, steht in der letzten technischen Ausarbeitung; es wird in Kürze im Druck erscheinen und mehr als 400 Seiten umfassen.

Das Gespräch mit Prof. Dr. Taucher schloß mit seiner Feststellung, daß wir alle Ursache haben, mit den Fortschritten des letzten Jahres zufrieden zu sein. Es wäre grundfalsch, bei internationalen Verhandlungen von weittragender Bedeutung sprunghafte Fortschritte zu erwarten, denn die Störungen und Verzögerungen, die sich durch die weltpolitischen Spannungen ergeben, greifen immer wieder in den Gang der Verhandlungen ein. In der Diplomatie komme es jedoch nicht so sehr auf rasch erzielte Augenblickserfolge, als vielmehr auf wohlüberlegte und gründlich vorbereitete Handlungen an, die ausschließlich auf die Erfordernisse des eigenen Landes Rücksicht nehmen und alle Schwierigkeiten mit Geduld und Ausdauer zu überwinden trachten.

*) Siehe „Die Industrie“ Nr. 26 vom 1. Juli 1. J.

Die Eisen- und Stahlkapazität Großbritanniens

Maschinenindustrie verbraucht siebenmal so viel Stahl wie 1935

Die Produktionskapazität der britischen Eisen- und Stahlindustrie wird, wie bereits in einem früheren Bericht der „Industrie“ festgestellt wurde, so günstig beurteilt, daß man trotz der erheblich gesteigerten Anforderungen, die durch die beschleunigte Wiederaufrüstung an die Stahlerzeugung gestellt werden, vorläufig nicht mit der Notwendigkeit von Einschränkungen der Belieferung der zivilen Wirtschaft rechnet. Beschränkende Vorschriften in der Stahlindustrie könnten sich leicht nachteilig auf die Außenhandelsbilanz auswirken, zum Beispiel auf die Automobilproduktion, die einerseits zehn Prozent des britischen Stahls konsumiert und andererseits eine der wichtigsten Einnahmequellen für Dollars bildet. Es ist verständlich, daß man alles aufbietet, um das zu vermeiden.

Die britische Eisen- und Stahlerzeugung, die seit dem zweiten Weltkrieg großzügig ausgebaut wird, nähert sich gegenwärtig einer Jahresproduktion von 16 Millionen Ton-

nen und soll bis 1953 auf 17¼ Millionen Tonnen gebracht werden. Das Rüstungsprogramm begann zu einem Zeitpunkt anzulaufen, in dem die Neuanlagen erst zu 50 Prozent fertiggestellt waren.

Nach der Darstellung des Stahlverbandes ist der Bedarf an Stahl pro Kopf der Bevölkerung von 326 Pfund im Jahre 1924 auf 353 im Jahre 1930 und 409 Pfund im Jahre 1935 gestiegen. Die Ziffer für das letzte Jahr — 642 Pfund — ist beinahe doppelt so groß wie die für 1924.

Die Maschinenindustrie benötigt heute mehr als siebenmal so viel Stahl wie 1935 und die Elektroindustrie mehr als dreimal so viel. Auch der Verbrauch der Automobil- und Flugzeugindustrie hat sich bedeutend erhöht, während der Schiffbau nicht wesentlich über den schon früher sehr hohen Produktionsdurchschnitt hinausgegangen ist. Den Maschinen gegenüber fallen die Eisenbahnen und der Wohnbau als Stahlkonsumenten nicht sehr ins Gewicht.

WERTHEIM AUFZÜGE

WIEN X, WIENERBERGSTR. 21-23

TELEFON U 46-5-46

WIENER MESSE, ROTUNDENGELÄNDE, HALLE VI, STAND 605/11

Die Ursachen für das starke Anwachsen des Stahlverbrauchs in den letzten Jahren sind verschiedener Natur. Produktionsrückstände aus der Kriegszeit mußten eingepreßt werden, veraltete und überbeanspruchte Maschinen wurden durch neue ersetzt, wozu dann noch die Neugründungen und Betriebserweiterungen kamen. Bei der Elektroindustrie spielt der Bau großer Kraftzentralen und der damit zusammenhängende Ausbau der Verteilungsnetze eine maßgebende Rolle. Der gesteigerte Exportbedarf muß wegen der Zahlungsbilanz nach Möglichkeit befriedigt werden, vor allem in der Automobilindustrie. Auch die Modernisierung und Mechanisierung des lange vernachlässigten Kohlenbergbaus wirkt sich fühlbar aus.

Der Stahlverband gelangt in seiner Untersuchung zu dem Schluß, daß zwar die gegenüber der Vorkriegszeit eingetretenen Veränderungen auch in den nächsten Jahren gewisse Modifikationen erfahren werden, daß aber auf jeden Fall mit einer weiteren Zunahme des Stahlverbrauchs zu rechnen ist. Stellt man die Lieferungen von Industriestahl an die wichtigsten Industriegruppen im Jahre 1949 zusammen, so gelangt man zu folgender Tabelle:

	in 1000 t	%
Schiffbau und Seewesen	925	9,0
Wohn- und Hochbau	1350	13,1
Maschinenindustrie	2340	22,8
Elektroindustrie	565	5,5
Kraftfahrzeuge, Motorräder, Flugzeuge	1045	10,2
Eisenbahnen und rollendes Material	850	8,3
Kohlenbergbau	555	5,4

Daraus geht hervor, daß die Maschinenindustrie als Stahlkonsument allen anderen weit voraus war. Während der Aufbau von Durchschnittshäusern, wie sie in England üblich sind, bei 2600 Arbeitsstunden weniger als eine halbe Tonne Stahl pro Einheit beansprucht, benötigt man für einen kleinen Kraftwagen bei etwa 600 Arbeitsstunden zwei-

bis dreimal so viel. Wohnbau- oder Siedlungsprogramme wirken sich also auf den Stahlverbrauch nicht annähernd so stark aus wie Zunahmen in der Autoproduktion, die Rüstungen bei gleichzeitiger Förderung des Exports mit sich bringen.

Der britische Stahlverbrauch ist auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet fast zweimal so groß wie der westeuropäische Durchschnitt. Die Vereinigten Staaten wiederum konsumieren je Kopf der Bevölkerung fast doppelt so viel Stahl wie Großbritannien. Vergleicht man jedoch den relativen Bedarf der einzelnen Industriezweige der beiden Länder, so findet man, daß der prozentuelle Anteil der amerikanischen Maschinen- und Elektroindustrie zusammen weit geringer ist als der der britischen Maschinenindustrie allein, nämlich 17 gegen 28 Prozent. Auch der amerikanische Schiffbau reicht mit 2 Prozent des Gesamtkonsums nicht annähernd an den britischen heran. In USA steht die Automobil- und Flugzeugindustrie mit 27 Prozent an unbestritten erster Stelle. Die amerikanische Öl- und Gasindustrie ist mit 11 Prozent am Stahlverbrauch beteiligt, während sie in Großbritannien unter den wichtigeren Verbrauchergruppen des Jahres 1949 überhaupt nicht aufscheint. Daraus ergibt sich ein anschauliches Bild davon, wie verschieden sich die Schwerindustrie der beiden führenden Westmächte entwickelt hat.

Da aber in Großbritannien zur Zeit große Ölraffinerien gebaut werden und zum Teil schon betriebsfertig sind und die Automobil- und Flugzeugindustrie daran geht, Fabrikanlagen, die im zweiten Weltkrieg errichtet und später stillgelegt wurden, von neuem in Betrieb zu nehmen, werden sich die beiderseitigen prozentuellen Betriebskapazitäten einander nähern, so daß die Verteilung des britischen Stahlkonsums auf die einzelnen Industriezweige schon im laufenden Jahre ein anderes Aussehen haben wird als im Vorjahre.

Das nationalökonomische Forum Österreichs

Abschluß der wirtschafts-wissenschaftlichen Tagung in Bad Ischl

Die bedeutsame Tagung, welche auch heuer wiederum wirtschaftliche Praktiker und Wissenschaftler zusammenführte, hat fruchtbare Arbeit geleistet. Wir geben im nachfolgenden zunächst die Ausführungen des unseren Lesern wohlbekannten Innsbrucker Professors Dr. Pütz und sodann die Reden der übrigen Referenten in gedrängter Form wieder.

Das Thema, mit welchem sich Univ.-Prof. Dr. Theodor Pütz befaßte, war: Die Mechanismus- und Machtfrage im wirtschaftlichen Ordnungsdenken. Der Redner führte im wesentlichen aus: Die wissenschaftlichen Theorien und die interessegebundenen Ideologien der wirtschaftlichen Denkens unserer Zeit lassen sich durch die Begriffspaare: kapitalistisch und sozialistisch, oder individualistisch und kollektivistisch, oder konservativ und fortschrittlich kennzeichnen. Zwischen diesen antithetischen Anschauungen suchen viele nach einer echten Synthese, nach einem „dritten Weg“. Bei der Darstellung und Kritik der angedeuteten Theorien und Ideologien wird häufig übersehen, daß sie in zahlreichen Fällen etwas Gemeinsames haben; nämlich die Auffassung, daß der Wirtschaftsprozeß im wesentlichen mechanistischen Charakter hat und daß die Verwirklichung von Wohlstand, Freiheit und Gerechtigkeit im wesentlichen eine Frage der Machtverteilung ist.

Das wirtschaftliche Ordnungsdenken entspringt letzten Endes der Sorge um die Erhaltung der Freiheit und Würde der Person. In diesem Sinne verdient der Kampf der Neoliberalen um das Menschenbild und die Klärung der Geister unsere Sympathie. Die Verteidiger der liberal-kapitalistischen Wirtschaftsordnung sehen das Heil in der Wieder-

herstellung der freien Marktwirtschaft, deren Ordnung durch den Preismechanismus gewährleistet würde, und in der „Entmachtung“, das heißt Entmonopolisierung der Wirtschaft sowie in der Beseitigung der zwangswirtschaftlichen Eingriffe des Staates. Die orthodoxen Sozialisten dagegen leugnen zwar die Ordnungsfähigkeit der freien Konkurrenzwirtschaft, sind aber der Überzeugung, daß die Selbstzerstörung des Kapitalismus und die Verwirklichung des Sozialismus das Ergebnis einer zwangsläufigen Entwicklung des kapitalistischen Produktionsmechanismus sind. Die sozialistische Wirtschaft der Zukunft ist insofern auch „entmachtet“, als es in ihr kein Privateigentum an Produktionsmitteln und damit keine wirtschaftlichen Machtstellungen mehr gibt, und der Staat sich selbst überflüssig macht. Das Ideal der einen ist die Entmachtung der Wirtschaft durch Verteilung des Privateigentums auf möglichst viele Personen und durch die Beseitigung der staatlichen Wirtschaftslenkung. Das Ideal der anderen ist die Entmachtung der Wirtschaft durch Übertragung alles Privateigentums an Produktionsmitteln auf die Gesellschaft. Der nichtkommunistische Neo-Sozialismus des „Westens“ wird weitgehend von dem Gedanken beherrscht, daß die wichtigste Voraussetzung einer besseren Wirtschaftsordnung in der schrittweise fortschreitenden Verstaatlichung der sogenannten monopolisierten Wirtschaftszweige und in der Übertragung von weitgehender Lenkungsmacht auf den Staat liegt; dabei spielt die Tendenz zur Stärkung der Macht der Gewerkschaften eine wichtige Rolle. Neoliberalismus und Neosozialismus stehen beide, wenn auch in verschiedener Weise, im Banne des Mechanismus- und Machtgedankens.

CONFIDENTIAL

Die Fragestellung des Vortrages deckt sich nicht mit jener, über welche Böhm-Bawerk seinerzeit die Diskussion eröffnete, an der sich wieder vornehmlich Zwiédineck-Südenhorst und Schumpeter beteiligten, nämlich „Macht oder ökonomisches Gesetz?“ Sie ist heute ad acta gelegt. Unsere Fragen lauten: 1. Kann man in Analogie zum Mechanismusgedanken der Naturwissenschaft und der Technik die Ordnung der Marktwirtschaft als eine mechanistische auffassen? 2. Wird die marktwirtschaftliche Ordnung durch eine bestimmte Machtordnung gewährleistet oder prinzipiell in Frage gestellt?

Nach der Meinung des Vortragenden widerspricht die dem naturwissenschaftlichen und technischen Denken entspringende Vorstellung einer quasimechanistischen Ordnung der Wirtschaft dem Wesen des Menschen und der von ihm geschaffenen sozialen Ordnungen. Es stimmt nicht, wenn Hayek und Röpke behaupten, die Wirtschaftssubjekte hätten keine Einsicht in die durch die Eigengesetzlichkeit des Marktes charakterisierte Wirtschaftsordnung und keinen Willen, diese zu verwirklichen; rationales Gewinnstreben sei alles, was von ihnen verlangt werde, die Ergebnisse seien in ihren Absichten nicht miteingeschlossen. Auch die Wettbewerbsordnung kann vielmehr nur verwirklicht werden, wenn die wirtschaftlich tätigen Menschen nicht bloß vom Erwerbs- und Gewinnstreben, sondern überdies von einem Willen zur Mitverwirklichung der sozialwirtschaftlichen Ordnung bestimmt sind. Kein irgendwie gearteter Preismechanismus und keine irgendwie geartete Machtverteilung können die Wirtschaftsordnung verbürgen, kein Rahmen institutioneller Natur vermag sie zu realisieren!

Alle Wirtschaftsordnung beruht auf einer Synthese von ökonomischer Vernunft und sozialem Ordnungswillen. Nur wenn sich die wirtschaftenden Menschen und die Wirtschaftspolitiker von den Gesetzen der Wirtschaftslogik und der Wirtschaftsethik leiten lassen, ist Wirtschaftsordnung realisierbar. Immer, wenn die Wirtschaft dem Gewinnstreben und dem sogenannten Marktmechanismus oder Entwicklungsmechanismus anheimgestellt wird, und wenn in bestimmter Machtverteilung die Gewähr für Ordnung gesehen wird, muß sozialwirtschaftliche Unordnung entstehen, das heißt ungerechte Einkommensverteilung, Krisen und Arbeitslosigkeit, Klassenkampf und persönliche Unfreiheit.

Die Gesetzmäßigkeiten und die Machtverhältnisse des Wirtschaftslebens stellen nur mehr oder minder günstige Bedingungen dar, innerhalb deren sich die ordnenden Kräfte der ökonomischen Vernunft und der Wirtschaftsethik entfalten können. Da wo kapitalistisches und sozialistisches Denken dem Mechanismus- und Machtgedanken eine entscheidende Bedeutung beimessen, wird letzten Endes die Freiheit und Verantwortlichkeit des Menschen, sein gesellschaftliches und wirtschaftliches Dasein zu ordnen, gelehrt. Nur in der Überwindung des Mechanismus- und Machtgedankens durch Vernunft und Sittlichkeit liegt ein Versprechen dauerhafter Ordnung des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenlebens der Menschen.

Gegenwartsprobleme der deutschen Agrarpolitik

Darüber sprach Univ.-Prof. Dr. Hans Jürgen Scraphim (Münster).

Der Redner stellte es sich zur Aufgabe, die Gesamtkonzeption der westdeutschen Agrarpolitik nach dem Zusammenbruch von 1945 klarzustellen, die nach der Liquidationsphase des nationalsozialistischen Erbes in ihrer gegenwärtigen Aufbauphase nach neuen Inhalten und Formen sucht. Bestimmend für die künftige deutsche Agrarpolitik sind einmal die auf Sicherheit ausgerichteten bäuerlichen Kräfte, sodann aber nicht minder die durch die Gebietsabtretungen und den Übervölkerungsdruck (Ostvertriebene) herbeigeführte ökonomische und soziale Lage der Bundesrepublik. Sie führt zunächst zu einer Neuordnung der Bodenverfassung in Gestalt einer Bodenreform, die nach Ansicht des Redners zwar die vorhandenen Betriebsgrößenverhältnisse zu schonen hat, jedoch andererseits ohne zu schematisieren soviel Land für die Ansetzung Ostvertriebener und Entwurzelter zur Verfügung zu stellen hat, daß der Proletarisierung bisher besitzender Volksschichten wirkungsvoll Einhalt geboten zu werden vermag. Im gleichen Sinne ist auch eine Neuregelung der Pachtverhältnisse

DOESCHL
KURZTRIEB

*Jede Leistung
mit Flachriemen
ohne Gleitschlupf*

DOESCHL-WEIßPATENTE
WIEN-11-GROSSE MOHRENGASSE 14-TEL. R.47413
LINZ-DONAU-UNTERE DONAULANDE 28-TEL. 24110
INNSBRUCK, BOZENERPLATZ 1-TEL. 57 53

durchzuführen: der bisher bestehende starre und übersteigerte Pachtschutz kann wohl nicht aufrecht erhalten werden, doch würde den ökonomischen und sozialen Belangen der Pächter durch eine völlige Liberalisierung des Pachtmarktes ebenfalls nicht entsprochen werden. Eine mittlere Linie eines modifizierten Pachtschutzes dürfte unter den gegebenen Verhältnissen des Pachtmarktes anzustreben sein. Voraussetzung beider Maßnahmenkomplexe (Bodenreform, Reform des Pachtmarktes) ist die mittlerweile erfolgte Aufhebung des Reichserbhofgesetzes und die Einführung einer neuen Höfeordnung, die sich an die früher bestehenden Vorschriften anlehnt.

Von besonderer Aktualität sind die agrarischen Marktprobleme der Bundesrepublik, welche aus der Unmöglichkeit resultieren, den Bedarf aus heimischer Produktion zu decken. Rund 50 Prozent des Ernährungsgutes müssen eingeführt werden. Daraus folgt ein Zwang zu einer rationalen Eingliederung Westdeutschlands in eine internationale Agrarwirtschaft und im Prinzip eine Liberalisierung auch der agraren Außenwirtschaftsbeziehungen. Scraphim vertritt die Ansicht, daß es nicht möglich sei, vom gegenwärtigen Produktionskostenniveau der Landwirtschaft auszugehen, sondern daß die Landwirtschaft Westdeutschlands zunächst den längst fälligen Rationalisierungsprozeß schleunigst durchzuführen habe. Staatliche Einfuhrschleusen und Preisgarantien müssen sich auf Dauer gesehen als Hemmung auf dem notwendigen Wege erweisen. Subventionen kann sich die verarmte Volkswirtschaft schon jetzt nicht mehr leisten. Als vorübergehende Schutzmaßnahme empfahl der Vortragende die Einführung echter agrarischer Erziehungszölle. Vor allem aber täte eine Rationalisierung der Produktion und des Absatzes not. Von größerer Wichtigkeit ist eine beschleunigte Durchführung der Flurbereinigung und eine den tatsächlichen Verhältnissen angepaßte Mechanisierung. Auf diesem Gebiete sind staatliche Hilfsmaßnahmen vor allem am Platze. Die Rationalisierung des Absatzes sollte aber auf dem Wege bäuerlicher Selbstverwaltung und Selbsthilfe erfol-

Freissler Wien X, Erlachplatz 2-4, U 46-3-72, baut, rekonstruiert und betreut **Aufzüge**

CONFIDENTIAL

gen, das heißt vorzugsweise durch Genossenschaften. Die Erfahrungen des Auslandes könnten in großem Umfang für die Bundesrepublik nutzbar gemacht werden. Nur eine Synthese von Persönlichkeitsverantwortung und Gemeinschaftshandeln in genossenschaftlichen Formen und Inhalten kann das europäische Bauerntum vor der erdrückenden Konkurrenz des hochmechanisierten überseeischen Farmertums einerseits und des sowjetischen Agrarkollektivs andererseits bewahren.

Die Rolle der Wirtschaftsverbände in der freien Marktwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der Schweiz

Dieses Thema behandelte Univ.-Prof. Dr. Alfred Gütersohn (Bern-St. Gallen), der im wesentlichen erklärte: Jede Untersuchung über die Wandlungen der kapitalistischen Wirtschaft wäre lückenhaft, wenn sie nicht ein Hauptaugenmerk auf die Wirksamkeit der Wirtschaftsverbände richten würde. Die relativ ungestörte Entwicklung in der Schweiz bildet dafür einen guten Anschauungsunterricht, weil die Regeln der freien Marktwirtschaft in diesem Lande noch starke Geltung besitzen. Die Beurteilung der Wirtschaftsverbände setzt natürlich eine scharfe Unterscheidung der verschiedenen möglichen Typen voraus. Andererseits darf aber die theoretische Abstraktion, welche das volkswirtschaftliche Geschehen auf die Probleme der Marktauseinandersetzung und des Gesamtkreislaufes reduziert, nicht dazu verleiten, lediglich den Einfluß der Verbände auf die Preisbildung näher zu verfolgen. Manche Verbände dienen viel umfassenderen Zwecksetzungen: der Förderung der beruflichen Ausbildung, dem technischen und kaufmännischen Erfahrungsaustausch, der Pflege der Kollegialität usw., und häufig ist es so, daß erst das Verhalten der Verbände vor diesen Aufgaben nähere Rückschlüsse über die verfolgte Preispolitik erlaubt.

Die Wirtschaftsverbände können gewiß — und dieses Bedenken wird oft geäußert — zu einem versteiften Gruppenegoismus führen. Ebenso groß ist aber die umgekehrte Möglichkeit, daß sie das Prinzip des Ausgleichs der Interessen, das mit Bezug auf ihre Mitglieder schon ihrem Bestande zugrunde liegt, allmählich auch auf das Verhältnis zwischen dem von ihnen vertretenen Wirtschaftszweig und anderen Branchen übertragen. Die letzten Jahrzehnte in der Schweiz haben eine innere Fortbildung von Berufsorganisationen und namentlich der „Spitzenverbände“ der Industrie, des Gewerbes sowie der Bauern- und Arbeiterschaft zu solchen neuen Formen gewollt, die zugleich als Mittler (Treuhand) der Gesamtwirtschaft walteten. Ob der verstärkte Gruppenegoismus überhand nimmt, oder sich die Orientierung im Sinne der Bedachtnahme auf das Allgemeinwohl stärker durchsetzt, hängt außer von objektiven wirtschaftlichen Grundlagen von der allgemein herrschenden Wirtschaftsgesinnung und von der Auswahl des Kadres der Verbände ab. Gegenüber den Wirtschaftsverbänden gibt es kein bedingungsloses Ja und kein entschiedenes Nein! Es handelt sich darum, jene Kräfte innerhalb der Gruppierungen zu fördern, welche nach höherer Gerechtigkeit und Produktivität streben.

Für die Schweiz ist es unverkennbar, daß die Voraussetzungen für die Bildung straffer Wirtschaftsverbände aus sachlichen und psychologischen Gründen nicht sonderlich günstig liegen. Die starke Exportorientierung, die relativ liberale Handelspolitik und die individualistische Wirtschaftsgesinnung bilden starke Schranken dagegen. Andererseits hat sich aber in den letzten Jahren unter dem Einfluß einer neuerlichen Zunahme freier Bewegung die Auffassung durchgesetzt, daß vieles davon abhängt, die Wirtschaftsverbände als private, dafür aber auch autonome Körperschaften zu erhalten. So wird zum Beispiel die Allgemeinverbindlicherklärung von Verträgen als privatwirtschaftliche Institution aufgefaßt. Preissteigernden Wirkungen von Verbänden und Kartellen soll die staatliche

Preiskontrolle entgegenwirken. Daneben üben die Rechtsprechung in Boykottfällen und eine lebhaft Kritik der Tagespresse an wirklichen und vermeintlichen Übersteigerungen der Ansprüche einzelner Gruppen eine nachhaltige Wirkung aus. Gegen die Einführung einer eigentlichen Kartellgesetzgebung bestehen schon heute erhebliche Widerstände, die sich unter anderem auf die problematischen Erfahrungen im Ausland und auf die Verschiedenheit der von den Kartellen und Trusts zu regelnden Verhältnisse berufen. Eine große Aufgabe wird darin bestehen, dafür zu sorgen, daß in den Verbänden der nötige Weitblick und das entsprechende Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Gesamtwirtschaft geweckt und immer stärker wird. Über

Probleme der Budgetreform

sprach Bundesminister a. D. Dr. Migsch, der vor allem darauf hinwies, daß die Finanzwirtschaft von heute ein Instrument der sozialrechtlichen Einkommensverteilung und zu einem der wirksamsten Mitteln der staatlichen Wirtschaftslenkung geworden sei. Er regte die Umwandlung des heutigen Finanzbudgets in ein echtes Wirtschaftsbudget an, für dessen Zustandekommen er die folgende Forderungen aufstellte:

1. Die finanzwirtschaftliche Trennung der Hoheitsverwaltung von der Wirtschaftsverwaltung.
2. Für die Wirtschaftsverwaltung ist die Befreiung von den jährlichen Finanzperioden und der Übergang zur Erarbeitung langjähriger Wirtschaftspläne entscheidend.
3. Die betriebswissenschaftliche Fundierung der Wirtschaftsverwaltung.
4. Die Schaffung eines staatlichen Investitionsfonds.

Den Abschluß der Tagung bildeten die Ausführungen von Univ.-Prof. Dr. August M. Knoll über:

„Der kriegerische und der industrielle Gesellschaftstypus“, und zwar bei Herbert Spencer, dem großen liberalen Soziologen Englands zu Ende des vorigen Jahrhunderts. Dessen Thesen faßte der Vortragende in folgenden Punkten zusammen: Der kriegerische Gesellschaftstypus ist erstens gekennzeichnet durch das Überwiegen der Kampfeinrichtungen gegenüber den Ernährungs- und Kultureinrichtungen; zweitens ist der kriegerische Typus deswegen nach dem Grundsatz des zwangsweisen Zusammenwirkens aufgebaut und drittens ist er bestimmt durch den Glauben, daß der Zweck des Lebens der einzelnen sei, die kombinierten Tätigkeiten des Gesellschaftsaggregats aufrecht zu erhalten. Hier existiert der „Teil“ zum Wohle des „Ganzen!“

Umgekehrt ist der industrielle Gesellschaftstypus erstens gekennzeichnet durch das Überwiegen der Ernährungs- und Kultureinrichtungen gegenüber den Kampfeinrichtungen; zweitens ist der industrielle Typus deswegen auch in der Lage, nach dem Grundsatz des freiwilligen Zusammenwirkens die einzelnen zu koordinieren und drittens ist dieser Typus durch den Glauben bestimmt, daß der Endzweck der kombinierten Tätigkeiten des Gesellschaftsaggregats nur der sei, einen Zustand aufrecht zu erhalten, unter welchem jeder Einzelne sein Leben in befriedigender Weise führen kann. Hier existiert das „Ganze“ zum Wohle der „Teile!“

Es liegt dem industriellen Gesellschaftstypus ein Vorbild zugrunde, nämlich das Gewerbe und der Handel, der Grundsatz des freien Austausches, wonach das gegenseitige Hingeben von Dienstleistungen nicht erzwungen und keines der beiden Individuen und Geschäftspartner dem anderen untergeordnet ist. Gesellschaft ist eben wirklich ein Sozialvertrag, besser noch ausgedrückt: ein Sozialgeschäft. Gerade diese kaufmännische Rechtsfigur, diese geschäftliche Fairneß, der Austausch von Leistung und Ware nach dem Äquivalenzprinzip, dieser solide Kaufmannsgeist und dessen Geschäfts- und Handelsnorm werden zur herrschenden Beziehung im industriellen Typus. Er ist in seinem ganzen Umfang durch dieselbe Freiheit ausgezeichnet, die jeder Geschäfts- und Handelsverkehr zur Voraussetzung hat! Der Vortragende zeigte eindeutig, welche Entsprechungen im Gesellschaftsgefüge statthaben, welche Vorkehrungen getroffen, welche Einrichtungen gesetzt werden müssen, welche Baugesetze soziologischer Art dabei sich als notwendig erweisen, falls eine bestimmte Gesellschaft zum Krieg oder zum Frieden tendiert. Es entsprechen sich nach Spencer: Krieg — Autokratie — individuelle Unfreiheit — Befehlswirtschaft einerseits; Friede — Demokratie — individuelle Freiheit — Freiwirtschaft andererseits.

Dr. Wilhelm Weber.

Rollen-, Gall-, Ewarts-, Stahlbolzen
und geschweißte Ketten, Hebezeuge,

liefert KETTENFABRIK

FRANZ KOHMAIER

Wien V, Siebenbrunneng. 72 / Tel. A 36 5 10-12

798

CONFIDENTIAL

Wirtschaftsbrief aus Westdeutschland

Von unserem westdeutschen Korrespondenten

Bonn, Ende August 1950.

Die Ergebnisse der deutschen Beteiligung an der eben beendeten internationalen Mustermesse in Chicago werden in den maßgebenden westdeutschen Wirtschaftskreisen mit betonter Zurückhaltung beurteilt. Abgesehen von organisatorischen Mängeln, die sich im Laufe der Ausstellung nachteilig bemerkbar gemacht haben, ist man der Meinung, daß internationale Großveranstaltungen dieser Art in erster Linie eine „Angelegenheit fürs Auge“ sind und daß das Geschäft bei solchen Anlässen nicht richtig zum Zuge kommt. Die Umsatzziffern von Chicago — ursprünglich insgesamt 4 Millionen Dollar, wozu dann noch in letzter Stunde ein Stahlauftrag im Werte von 10 Millionen Dollar gekommen ist — dürften, wie man betont, in keiner Weise als Gradmesser des Erfolges gewertet werden. Das Unternehmen war insofern vom Glück begünstigt, als es in den Importboom hineingeriet und die amerikanischen Interessenten daher stark auf das europäische Angebot reagierten. Die westdeutschen Kreise sind jedoch der Ansicht, daß ein erheblicher Teil der in Chicago gebuchten Aufträge auch ohne die Messe zustande gekommen wäre, nicht zuletzt der Stahlauftrag von 10 Millionen Dollar. Es sei eine bekannte Erscheinung, daß sich Aufträge, die sonst über längere Zeiträume hinweg erteilt werden, gelegentlich der persönlichen Fühlungnahme anlässlich einer Messe häufen. Es wird auch der Standpunkt vertreten, daß viele der ausstellenden Firmen mit weniger Aufwand und größeren Erfolgsaussichten Spezialmessen hätten besichtigen sollen, wie es führende deutsche Großfirmen seit langem tun.

Die für September 1951 angekündigte zweite Mustermesse von Chicago wird daher schon heute mit Skepsis beurteilt, um so mehr als mächtige Interessengruppen immer noch gegen eine Zollherabsetzung sind, ohne die aber ein wirklich nennenswerter Warenverkehr mit USA. für Westdeutschland nicht vorstellbar ist. Man sieht daher mit Spannung der Zollkonferenz in Torquay entgegen.

Die arbeitsbeschaffende Kraft des konjunkturellen Aufschwungs, die sich mehr noch als in der Abnahme der Arbeitslosigkeit in der Zunahme der Beschäftigung ausdrückt, wurzelt — wie die westdeutsche Industrieberichterstattung übereinstimmend feststellt — vor allem in der vehementen Ausführsteigerung. Die Zahl der unmittelbar für die Ausfuhr beschäftigten Arbeitskräfte hat seit dem vierten Quartal 1949 von 425.000 um mindestens 175.000 bis 200.000 zugenommen. Seit der Währungsreform war in keinem Vierteljahr die Zunahme der Beschäftigung so groß wie im zweiten Quartal 1950; von Ende März bis Ende Juni stieg sie um rund 538.000 (in der entsprechenden Zeit des Jahres 1949 um 41.000). Damit übertraf die Beschäftigtenzunahme die gleichzeitig vor sich gegangene Abnahme der Arbeitslosigkeit um rund 224.000.

Die für Juli und August vorliegenden Zahlen über die Veränderung der Arbeitslosigkeit gehen also ziemlich ausschließlich auf konjunkturelle Kräfte zurück, es sei denn, daß verschiedene strukturelle Kräfte dabei noch in entgegengesetztem Sinne wirksam waren. In der zweiten Hälfte des Monats Juli ist bei der Abnahme der Arbeitslosigkeit um 57.000 die konjunkturelle Entlastung des Arbeitsmarktes noch schneller fortgeschritten als in der ersten Hälfte des Monats (Abnahme 30.000). Bis Mitte August hat sich dieses Tempo gehalten. Nunmehr ist die Zahl der Arbeitslosen mit 1,41 Millionen nur noch um 0,1 Million



Zum 5-Uhr-Tee und abends bei Pianist Armin Sommer

höher als Ende August 1949; seit Mitte Februar l. J. hat sie um 610.000 abgenommen, eine Bewegung, der in der gleichen Zeit des Vorjahres eine Zunahme um 240.000 gegenübersteht.

Der im Juli 1950 auf britischen Vorschlag gebildete britisch-deutsche Ausschuß für die Reichswerke hat in seiner dritten Sitzung am 22. August in Drütte vor allem über die Demontage des Stahlwerkes und Walzwerkes in Watenstedt verhandelt.

Es wurde Einverständnis darüber erzielt, daß die Abbrucharbeiten am Gebäude des Stahlwerkes, die schnelle Fortschritte machen, bis Ende Oktober 1950 beendet sein sollen. Die dabei anfallenden Bestände von feuerfestem Material und Mauersteinen sollen deutschen Stellen für Siedlungszwecke zur Verfügung gestellt werden. Die Arbeiten an der Beseitigung von 50 v. H. des Walzwerksgebäudes sollen spätestens am 1. September beginnen. Terminverlängerungen für den ebenfalls für Ende Oktober vorgesehenen Abschluß dieser Arbeiten wurden von englischer Seite abgelehnt. Über die Verwendung und die endgültige Form des Gebäudes 401, des Masselgießbettes und der Granulationsanlagen soll sobald wie möglich entschieden werden. Auch über die erste Abbaustufe von 135 Werksbahngeleisen mit einer Gesamtlänge von 41 km wurde Übereinstimmung erzielt. Über weitere Pläne zum Abbau von Geleisen soll von einem technischen Unterausschuß noch verhandelt werden.

Drei deutsche Vorschläge für die Ansiedlung neuer Industrien — einer Ziegelei, eines Sauerstoffwerkes und einer Drahtfabrik — sowie Anträge des Landes Niedersachsen zur Erhaltung untergeordneter Anlagenteile werden zur Zeit durch die britischen Stellen noch geprüft. Auf deutscher Seite hatte man ursprünglich gehofft, die große Walzwerkshalle 504 vor der Demontage zu bewahren und für die Deutsche Messe- und Ausstellungs AG., Hannover-Laatz, zu sichern.

Wie aus einem Bericht der ECA-Sondermission für Deutschland hervorgeht, gründete die Bundesregierung in Frankfurt kürzlich ein Rationalisierungs-Kuratorium zur Hebung der Industrieproduktion und zur Förderung der deutschen „Dollar-Drive“, das Außenstellen in Berlin, Düsseldorf, München und Stuttgart haben wird. Die Organisation hat die Aufgabe, alle in der deutschen Wirtschaft wirksamen Bestrebungen, die auf eine Erhöhung der industriellen Produktion und Produktivität abzielen, zusammenzufassen.

In einem von der Marshallplan-Verwaltung an die deutsche Regierung gerichteten Schreiben wird darauf hingewiesen, daß das Hauptaugenmerk bei der Gründung der Organisation auf die Erhöhung der Dollareinnahmen und auf die Stärkung des internationalen Vertrauens gerichtet werden sollte. Ihre Arbeit solle den Marshall-Plan überdauern. Zu den Aufgaben der Organisation gehören vor allem die

Fabrikwasserversorgung

Gesundheitstechnische Einrichtungen / Kanalisationen
Abwasserreinigung / Zentralheizungen

C. Korte & Comp.

Wien IV, Frankenberggasse 9
Gegründet 1868 / Telephon U 42-5-35 Serie

CONFIDENTIAL

Zuführung einheitlicher Methoden zur Förderung der Massenproduktion, die Veranstaltung von Ausstellungen ausgewählter Erzeugnisse, die Gestaltung engerer Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, der Ausbau der Wirtschaftsstatistik und die Ermöglichung von Auslandsreisen für deutsche Wirtschaftssachverständige. Für Maßnahmen, die im Rahmen des technischen Hilfsprogrammes erfolgen, werden ECA-Dollarmittel zur Verfügung gestellt. Der deutschen Regierung wurde mitgeteilt, daß die Kosten der Organisation gegebenenfalls aus Gegenwertmitteln finanziert werden könnten.

Alle ordentlichen Mitglieder des Kuratoriums sind Vertreter wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, technischer, betriebswirtschaftlicher und verwaltungstechnischer Rationalisierungsorganisationen und -vereinigungen. Der beratende Ausschuß besteht aus vierzig Mitgliedern, von denen je zehn in Wirtschaft, Betriebsleitung, Gewerkschaften und Spartenzweigen des Handels und der Wirtschaft tätig sind.

Information --- und Glosse

Der internationale Rohstoffmarkt Ein erster Schritt zur Erhöhung der Kupferpreise wurde zu Beginn der letzten Woche unternommen, als einer der größeren amerikanischen Produzenten seine Preise um 2 Cents auf 24 1/4 Cents das Pfund hinaufsetzte. Die neue Preis konnte sich jedoch vorläufig nicht durchsetzen, so daß auch das britische Versorgungsministerium die am Dienstag beschlossene Erhöhung um 16 Pfund die Tonne wieder rückgängig machte. Kupfer notierte also in London nach wie vor 186 Pfund die Tonne. Um dem Umhängreifen von Spekulationskäufen in kriegswichtigen Metallen entgegenzutreten, erhöhte das Versorgungsministerium die Prämien für Terminkäufe auf 12 Pfund für Kupfer und Zink und auf 6 Pfund für Blei. Zinn stieg am Wochenende, nachdem es schon einen Tiefstand von 744 Pfund erreicht hatte, wieder auf 819 bis 820 Pfund.

Aus Indien wird ein beträchtliches Anziehen der Jutepreise infolge unbefriedigender Anlieferungen von Rohjute gemeldet, die aber eher den zwischen Indien und Pakistan bestehenden Schwierigkeiten zuzuschreiben sind, als Materialmangel. Die Wollpreise auf den ersten Auktionen aus der neuen australischen Ernte zogen um 40 bis 50 Prozent an.

Die vom „Journal of Commerce“ angekündigten Beschränkungen für den Rohgummiverbrauch sind inzwischen durch eine Verordnung des amerikanischen Handelsministeriums verwirklicht worden, die die Produzenten von Kautschukwaren anweist, den Verbrauch von Naturgummi in den nächsten vier Monaten, beginnend am 1. September, um 10 Prozent zu senken, um die Anlegung einer größeren Rohgummiereserve für militärische Zwecke zu ermöglichen. Gleichzeitig führte das Handelsministerium die Exportkontrollen für Zucker wieder ein, um die Versorgung des heimischen Marktes unter allen Umständen sicherzustellen. Auch der Verkauf von Handelsschiffen, namentlich von Tankern, an das Ausland wurde wieder unter Aufsicht gestellt und von der Einholung von Lizenzen abhängig gemacht.

In England wurde inzwischen der bisher größte Einzelvertrag im Rahmen des Rüstungsprogramms an die Firma „Austin Motors“ in Longbridge vergeben. Es handelt sich um mehrere tausend Kraftfahrzeuge für das Heer, die von Austin Motors ohne Beeinträchtigung ihrer normalen Produktion hergestellt werden sollen. Über einen anderen weit über alltägliche Dimensionen hinausgehenden Rüstungsauftrag wird gegenwärtig zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada verhandelt, nämlich über die Lieferung von 227.000 Tonnen Aluminium für militärische Zwecke, die innerhalb der nächsten drei Jahre von der Aluminium Ltd. of Canada durchgeführt werden soll.

Nach vorläufigen Schätzungen wird der industrielle Produktionsindex der USA infolge der Rüstungen mit 204 Prozent im Monat August den höchsten Stand seit Juli 1945 erreichen. Im Juli 1950 lag er noch bei 197 Prozent, wobei der Durchschnitt der Jahre 1935 bis 1939 mit 100 angenommen wird. Infolge des kontinuierlichen Preisanstiegs verzeichnete auch der Lebenskostenindex eine neuerliche Erhöhung auf 172,5 Prozent.

Die Entwicklung der westdeutschen Stahlproduktion

Die schnelle Erhöhung der westdeutschen Stahlproduktion in den letzten Monaten — im März 1950 wurde die Millionengrenze in Tonnen überschritten — hat die Frage aufkommen lassen, ob auch für den April eine weitere Steigerung zu erwarten sei. Von westdeutschen Stahlfachleuten wird aber darauf hingewiesen, daß der März 27 Arbeitstage hatte, während der April nur 22 aufwies, so daß mit einem Absinken der Stahlproduktion für diesen Monat unter 900.000 Tonnen zu rechnen sei. Eine andere Erscheinung in der westdeutschen Stahlindustrie verdient jedoch auch besondere Beachtung. Die Auftragsbestände der Hütten- und Stahlwerke betragen am 1. Jänner 1950 bei Halbfabrikaten und Walzstahl 1,9 Millionen Tonnen, während sie am 1. Jänner 1949 2,8 Millionen Tonnen betragen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Walzstahlerzeugung Westdeutschlands etwa 30 Prozent unter der Rohstahlgewinnung liegt, belief sich die Walzstahlproduktion in den beiden Vergleichsmonaten auf 605.000 Tonnen, bzw. 440.000 Tonnen. Danach betragen die Auftragsbestände im Jänner 1950 das Dreifache der Produktion, im Jänner 1949 dagegen das Siebenfache. Als Folge dieser Entwicklung sind die Lieferzeitforderungen innerhalb eines Jahres von durchschnittlich 6 bis 10 Monaten auf etwa 2 Monate gesunken. In Fachkreisen verweist man darauf, daß normalerweise Auftragsbestände in solcher Höhe vorlägen, die dem Produzenten eine Arbeitsdauer von 5—6 Monaten gewährleisten. Der gegenwärtige Auftragsbestand sei also ungenügend. Es sei daher zu hoffen, daß mit der Bebung der Wirtschaft in der warmen Jahreszeit die Auftragsbestände zunehmen würden. Die gegenwärtig hohe Stahlproduktion in Westdeutschland würde sonst zu einer unerwünschten Vorratsbildung führen, oder müßte gedrosselt werden, was man allgemein vermeiden will.

I. G. Entflechtung und die Auslandsaktionäre

Aus Zürich wird uns geschrieben: Die in der letzten Zeit eingetretene starke Erhöhung der Kurse der mit Affidavit versehenen Aktien der I. G. Farbenindustrie in Frankfurt veranlaßt jetzt schweizerische Wirtschaftskreise, sich mit den Aussichten der Auslandsaktionäre eingehender zu befassen. Die hiesige Wirtschaftspresse weist darauf hin, daß die Entflechtung der I. G. Farben in eine Reihe von Einzelunternehmungen entweder den Verkauf der Aktien der neuen Gesellschaften auf dem freien Markt bedeute oder ihre Zuteilung an die Aktionäre des alten Unternehmens. Es wird vermutet, daß ein Aktienverkauf bei der geringen Aufnahmefähigkeit des deutschen Kapitalmarktes und bei dem geringen ausländischen Interesse an Investitionen in Deutschland keinen angemessenen Kurs brächte. So glaubt man, daß die Aktien der neuen Gesellschaften den heutigen Aktionären der I. G. Farben zugeweiht würden, so daß jeder Aktionär durch ein Umtauschverfahren einen dem Verhältnis seiner heutigen Beteiligung entsprechenden Anspruch auf Aktien der Neunternehmungen erhalte. Trotz dieser Hoffnung schreibt aber die „Neue Zürcher Zeitung“, daß der heutige Zustand der Stagnation des Entflechtungsverfahrens gerade für die ausländischen Aktienten höchst peinlich ist, da die ungelöste Eigentumsfrage auf dem Kurs der Titel empfindlich drückt. Das Blatt schreibt: „Es wäre an der Zeit, daß der von den amerikanischen Stellen grundsätzlich anerkannte Ausschuß endlich konstituiert und in seinen Funktionen eingesetzt wird. Die Bestrebungen der Schutzgemeinschaft schweizerischer Aktionäre und Obligationäre der I. G. Farben erhielten damit eine wesentliche Unterstützung. Ferner sollte die „Lex I. G. Farben“ nun erlassen werden, wobei zu hoffen ist, daß die Aktionäre auch wieder in ihre Aufsicht- und Wahlrechte eingesetzt werden.“

Konjunkturanstieg in der Schweiz

Die schweizerische Kommission für Konjunkturbeobachtung stellt in ihrer Untersuchung über die Wirtschaftslage im zweiten Quartal 1950 fest, daß die schweizerische Wirtschaft in diesem Zeitraum allgemein im Zeichen eines erneuten Auftriebes stand, der sich auch in einer deutlicher Entlastung des Arbeitsmarktes ausdrückte. Diese günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist zu einem wesentlichen Teil auf die lebhaftere Bautätigkeit zurückzuführen. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen hat in der ersten Hälfte des laufenden Jahres einen seit 1932 nicht mehr festgestellten Höchststand erreicht. Die seit Mitte 1948 beobachtete rückläufige Bewegung des Beschäftigtenstandes in der Industrie konnte in diesem Jahr zum Stehen gebracht werden. Der Index der in gleichen Betrieben beschäftigten Arbeiter (1938 = 100) betrug am Quartalsende 122, der „Beschäftigungskoeffizient“ 111 (gegen 105 im Vorquartal und 107 vor Jahresfrist).

Auch der Außenhandel hat sich im zweiten Quartal 1950 durchaus zufriedenstellend entwickelt. Die Ausfuhr verzeichnet mit 844,5 Millionen Franken eine Zunahme um

45,5 Millionen gegenüber dem ersten Vierteljahr, die Einfuhr mit 911,8 Millionen Franken eine Steigerung um 37,8 Millionen. Das erste Halbjahr 1950 weist im Vergleich zum Vorjahr auf der Ausfuhrseite eine leichte Zunahme des Wertes um 0,3 Prozent auf, während auf der Einfuhrseite bei etwas steigenden Mengen der Wert — infolge sinkender Preise — um 9,1 Prozent hinter dem vorjährigen Ergebnis zurückbleibt. Das Außenhandelspassivum hat sich dank dieser Entwicklung von 327 auf 142 Millionen Franken gesenkt, der Wert der Ausfuhr in Prozent der Einfuhr von 83,4 auf 92 erhöht.

Der Fremdenverkehr war in den Monaten März bis Mai stetig rückläufig. Die Zahl der Übernachtungen blieb um 10 Prozent hinter der Logiernächtezahl im gleichen Zeitraum des Vorjahres zurück. Der kurzfristige Verkehr hat hingegen zugenommen, was zum Teil mit einer großen Zahl durchreisender Rompilger erklärt wird. Die landwirtschaftliche Produktion ist günstig, die Getreideernte dürfte etwa dem Durchschnittsertrag der Jahre 1944 bis 1948 entsprechen, bei Hackfrüchten und Obst wird eine über dem langjährigen Durchschnitt liegende Ernte erwartet. Die Großhandelspreise stehen um 4,4 Prozent tiefer als vor einem Jahr.

Der Geldmarkt zeigte in der Berichtszeit das nun schon gewohnte Bild starker Flüssigkeit. Die Zinssätze sind etwas gesunken, die Neubeanspruchung des Kapitalmarktes blieb trotz lebhafterer Emissionstätigkeit gering. Die Bundessteuern (einschließlich Zölle) warfen mit einem Rohertrag von 390,5 Millionen im zweiten Quartal und von 860,7 Millionen Franken im ersten Halbjahr 1950 um 31, bzw. 25 Prozent mehr ab als in der Vergleichszeit 1949. Nach dem heutigen Stand des Bundeshaushaltes kann man für das Jahr 1950 mit einem namhaften Überschuss rechnen.

Nivellierung oder Persönlichkeit

Wir entnehmen einer uns zugekommenen wissenschaftlichen Arbeit — „Masse Mensch“ von Dr. L. Nowotny — die nachfolgenden Gedanken, die, obgleich sie ihrem Wesen nach den gewohnten Rahmen unserer Publikationen überschreiten, dennoch die Aufmerksamkeit unserer Leser finden werden. Denn gerade der Unternehmer der Gegenwart muß daran interessiert sein, daß sich die Qualität der Durchschnittsleistung verbessere. Nicht von vereinzelt Spitzenleistungen, sondern von der stetigen Verbesserung der menschlichen und damit auch der geistigen und materiellen Durchschnittswerte wird schließlich das höhere Arbeitsergebnis abhängen.

„Die Qualität des Durchschnittes ist das Schicksal eines Volkes. Der „Durchschnittsmensch“ und die „Durchschnittsleistung“ sind es, mit denen wir zu rechnen haben. Je mehr es uns gelingt, den Massentypus, den Normalmenschen des Alltags emporzuheben, desto besser wird es um das Gesamtgeschick der Masse bestellt sein. Wenn man die Menschen als Einzelwesen und als soziale Wesen verbessern will, muß man beim Durchschnitt anpacken, man muß der Nivellierung nach unten entgegenwirken und sich dem Gewicht der Masse entgegenstemmen. Denn die Masse ist an sich, das heißt als überindividueller Körper, von dem mächtige Kräfte ausgehen, der Feind des Guten und des Höheren im Menschen. Schon die geistige Potenz einer Versammlung steht im umgekehrten Verhältnis zu ihrer zahlenmäßigen Stärke und das sittliche Niveau des Einzelnen sinkt immer mehr, je zahlreicher die heterogenen Elemente sind, in die er sich vermischt sieht. Es zeigt sich, daß das Verhalten der Masse das Verhalten des Einzelnen im negativen Sinne determiniert.

Aber ist es die Masse selbst, die sich verhält? Ist es überhaupt möglich, daß sich die Masse, gleichsam automatisch, in Bewegung setzt, denkt, schafft, handelt, will? Die Masse Mensch bedarf eines Organes, wenn sie sich manifestieren soll. Es muß ein Mensch sein, durch den sie spricht, ein Mensch ihres Geistes, der ihr aber wieder von seinem Geiste mitteilt. Die Masse ist nicht schöpferisch, sie bedarf eines schöpferischen Menschengestes, der ihr vorleuchtet, sie ist durch ihr Gewicht von großem Beharrungsvermögen und nur durch persönlichen Anstoß zu bewegen. Die Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung ist daher die Dynamik einzelner menschlicher Geister, die unter den Bedingungen ihrer Zeit und Umwelt tätig werden. Selbst die kommunistische Ideologie, die der unpersonlichen Masse den Primat in der gesellschaftlichen Entwicklung zusprechen möchte (letzten Endes den mechanischen Kräften der ökonomischen Apparatur), wird zugeben müssen, daß nicht die Masse die kommunistische Geschichte Rußlands gestaltet hat und die geschichtliche Entwicklung der übrigen Welt beeinflusst, sondern aus ihr hervorgegangene geistige Potenzen.

Das Problem der sozialen Ordnung ist zwar das Problem der Masse, doch sie selbst kann es nicht lösen.

RUF

ORGANISATION

Symbol des Fortschrittes

in Idee und Konstruktion auf dem Gebiete der Buchungsmaschinenteknik bedeutet unsere Neuschöpfung

RUF-INTROMAT

Einführung von 3 Formularen verschiedenzeitlich
Durchschrift ohne Kohlepapier
Automatisches Auswerfen
Neue Organisationsmöglichkeiten

Praktische Vorführung erstmals auf unserem Stand in Halle XX, im Rotundengelände auf der Wiener Herbstmesse

RUF-Buchhaltung

Gesellschaft m. b. H.

Wien I, Stock-im-Eisenplatz Nr. 3-4
(Equitablepalais) Telefon R 27-5-15
Geschäftsstellen in allen Bundesländern

Aber in der sozialen Ordnung liegt Glück oder Unglück der Masse beschlossen, ja es hat sogar den Anschein, als ob diese Ordnung zur Existenzfrage der Menschheit werden könnte. Die Massenorganisation, die die von der Masse zutiefst ersehnte innerlich stabile Regelung der menschlichen Beziehungen gebracht hätte, ist noch nicht geglückt. Vielleicht wird sie niemals glücken, weil die Menschen trotz aller Vermassung keine Ameisen sind und nur der Zwang äußerer Umstände, kein inneres Gesetz, sie zur Sozietät zusammenschließt.

Gegenüber der Vergangenheit wird es in Zukunft den bedeutsamen Unterschied geben, daß der für die Masse handelnde Geist nicht von außen, sondern von innen her über sie kommt; aber eine größere Gewähr des Gelingens wird daraus allein noch nicht resultieren. Nur wenn zur inneren Berufung des sogenannten Volksmannes auch die geistig und sittlich scharf profilierte Persönlichkeit tritt, besteht Hoffnung auf sozialen Fortschritt. Sie wird umso begründeter sein, je größer die durchschnittliche geistige Kapazität der Masse ist. Die Männer, die aus der Masse emporwachsen, sind für deren Verbesserung verantwortlich oder sollten es sein. Der bessere Durchschnitt aber ergibt die höhere Leistung des Organs, das für die Masse handelt. Vielleicht läge darin eine der Methoden, die uns der Lösung des Problems der Massenordnung — der sozialen Ordnung — näherbrächte.“

Verwendung der ERP-Mittel in Italien In den ersten zwei Jahren des Marshall-Hilfe in Italien wurde ein Erlös von 370 Bill. Lire in den Courterpart-Fonds eingezahlt; davon wurden bisher 137 Bill. Lire für die Wiederherstellung der Staatsbahnen aufgewendet. Es ist gelungen, die erheblichen, durch Kampfaktionen, Sprengungen oder strategische Bombardement der Alliierten entstandenen Schäden am Schienennetz, a Bahnanlagen und rollendem Material zu beheben und übe dies in Norditalien auch zusätzliche Eisenbahnkraftwerk zu errichten. Insbesondere für die Ausgestaltung des Bahnhofes in Rom wurden bedeutende ERP-Mittel verwendend 72 Bill. Lire aus Fonds-Mitteln wurden dem Wiederaufbau verschiedener Baulichkeiten und der Durchführung des Wohnhausbauprogrammes gewidmet. Dennoch sind die Wohnungsverhältnisse zur Zeit noch außerordentlich ungünstig

Der Neugewinnung oder Entwicklung von Ackerland wurden aus dem Fonds 70 Bill. Lire zugewendet. Besonders im Gebiet des Unteren Po, bei Bologna, in Apulien und Kalabrien konnten weite Landstrecken bearbeitet werden, ebenso wurden der Küstenstrich südlich von Rom sowie große Gebiete in den Kornkammern Sizilien und Sardinien mit ERP-Mitteln kultiviert.

Für öffentliche Arbeiten — Straßenbauten, Errichtung von Straßenbrücken, Ausbau von Wasserleitungen — wurden 48 Bill. Lire aus dem ERP-Fonds verbraucht, die Erweiterung der Handelsmarine beanspruchte bisher 15 Bill. Lire. Der Wiederaufbau in fast allen Teilen Italiens kostete 10 Bill. Lire zugute, der Wiederherstellung des Telephon- und Telegraphennetzes fast 4 Bill. Lire. In letzter Zeit sind außerdem 8 Bill. Lire für den Ausbau der italienischen Luftflotte und für sonstige Fremdenverkehrsprojekte bereitgestellt worden.

Wesentlichen Aufwendungen gegenüber sind die Kredite, die die ERP-Mission der italienischen Industrie direkt gewährt hat, äußerst gering. Sie betragen bis jetzt 85 Bill. Lire. Dieser Betrag wurde von den Unternehmungen in der Hauptsache für die Einfuhr dringend benötigter moderner Maschinen sowie für die Beschaffung von Rohmaterialien aus dem Ausland verwendet, während für bauliche Investitionen nur geringe Mittel zur Verfügung standen.

Kreditexpansion in USA

Die Kreditpolitik des Federal Reserve Systems hat in letzter Zeit interessante Wendungen genommen. Die außerordentliche Flüssigkeit des Geldmarktes und der stete Drang zur Inflation haben den „Board of Governors“ längere Zeit hindurch zu einer ausgesprochenen Zurückhaltung veranlaßt. Die „recession“, die um die Mitte des Vorjahres in Erscheinung trat, hat jedoch zur Wiederaufnahme einer neuerlichen Kreditexpansion geführt. Zum 30. Juni 1. J. wurde ein Höchststand an privaten Depositen von 70 Milliarden Dollar gemeldet, der dem Vorjahresstand um 25 Milliarden überschritt und hart an den Allzeitercord des Jahres 1947 heranreicht. Vor allem wurden Hypothekendarlehen und Verbrauchskredite ausgeweitet, die Banken verringerten ihren Bestand an staatlichen und privaten Wertpapieren. Die Kreditbewegung förderte diesen allgemeinen Aufstieg der Prosperität, teils wurde der selbst durch diesen Aufstieg beschleunigt. Hausbau, Lagerbestände, Ankauf von dauerhaften Gütern zeigten

allenthalben verstärkten Umfang. Das Federal Reserve System war auf der ganzen Linie bemüht, die Bewegung zu fördern und bot für verschiedene Kreditformen, so vor allem zur Finanzierung von Wohnbauten die günstigsten Kreditbedingungen, die in der Geschichte bisher überhaupt zu verzeichnen sind. Das letzte Bulletin des Bundes Reserve Systems meldet dementsprechend, daß mehr als eine Million Familien noch in diesem Jahre neue Heime errichten und viele Hunderttausende im Begriffe stehen, derartige Aufträge zu vergeben. So ist die monetäre Expansion, die im Jahre 1946 an die 20 Milliarden Dollar betrug, sich 1947 auf rund 7 Milliarden stellte, 1948 etwas über 1 Milliarde ausmachte und im Jahre 1949 in einen allerdings geringfügigen negativen Wert verwandelt wurde, 1950 bereits wieder auf 5 Milliarden angewachsen.

Diese Erscheinung hat namentlich im Hinblick auf die ersten Wirkungen des Koreakrieges zu einem Umschlagen in der Politik des amerikanischen Notenbanksystems geführt. Sowohl die offene Markt- als auch die Zinsfußpolitik war eine Zeit lang durchaus restriktiv und deckte sich damit genau mit den Intentionen des Finanzressorts. Nach den jüngsten Berichten aber hat das Federal Reserve System wiederum eine neue Wendung zur Kreditexpansion vorgenommen. Eine derartige Aufspaltung in der allgemeinen Kreditpolitik ist in den Vereinigten Staaten dank der autonomen Stellung des Notenbanksystems durchaus möglich und auch nicht ungewöhnlich. Nur sollte man glauben, daß die Bewegung sich umgekehrt vollzieht, d. h. in Perioden, wie der gegenwärtigen die Notenbankleitung größte Zurückhaltung abt. Daß angesichts des Kriegsausbruches und der verstärkten Rüstungstätigkeit die gegenteilige Entwicklung Platz greift, hat etwas Beruhigendes an sich. Es zeigt deutlich, daß der Staatsaufwand keineswegs in gefährliche Bereiche ausmündet, während andererseits das Notenbanksystem die Situation für so gesichert erachtet, daß es eine neuerliche Befruchtung der Wirtschaft durch Konsumausdehnung in die Wege leitet. Ohne diese kreditpolitische Unterlage hätten die Lohnerhöhungen der jüngsten Zeit, die bei Chrysler allein 25 Millionen Dollar im Jahre ausmachen, offenbar nicht konzediert werden können. Es ist also von einer Einschränkung des Lebensstandards in USA nichts zu bemerken. Die Wirtschaftskräfte wachsen vielmehr dauernd an und ermöglichen eine entsprechende Hebung des Lebensstandards.

Außenhandelsdienst der „Industrie“

Die Exportförderungs-Kredite

Über die technische Durchführung des Ausfuhrförderungs-Gesetzes hat der Verband österreichischer Banken und Bankiers die nachstehenden kurzgefaßten „Hinweise für den Exporteur betreffend die Inanspruchnahme von Exportförderungs-Krediten“ herausgegeben:

Die Bundeshaftung wird nur für mittel- und langfristige Ausfuhrgeschäfte übernommen, die nach dem 30. Juni 1950 abgeschlossen wurden. Mittelfristige Ausfuhrgeschäfte sind solche mit einer Finanzierungsdauer von 6 Monaten bis zu 2 Jahren; Geschäfte mit längerer Finanzierungsdauer sind langfristige.

Nur solche Auslandsaufträge finden Berücksichtigung, die im Rahmen der normalen Finanzierungsmöglichkeiten nicht übernommen werden könnten. Exportaufträge in Hartwährungen bzw. mit dem größten Devisennutzen und mit günstigen Zahlungsfristen werden bevorzugt berücksichtigt. Durch diese Ausfuhrförderung sollen dem ausländischen Exporteur keine besonders günstigen sowie die in- und ausländische Konkurrenz unterbietenden Zahlungsziele und -sicherheiten gewährt werden. Die den Gegenstand der Ausfuhr bildenden Güter und Leistungen sollen grundsätzlich ihrem Wert nach überwiegend österreichischen Ursprungs sein.

Die Bundeshaftung kann für maximal 80 Prozent des Marktwertes (Exportkredites) übernommen werden und ist bei nicht termingerechter Einlösung der im Rahmen der Exportfinanzierung begebenen Wechsel wirksam.

Der Bund wird, falls er auf Grund seiner Haftung in Anspruch genommen wird, sein wechselrechtliches Regreßrecht gegen den Akzeptanten des Wechsels (Exporteur) im allgemeinen dann nicht ausüben, wenn die Forderung wegen Zahlungsunfähigkeit des ausländischen Schuldners oder infolge der durch allgemeine staatliche Maßnahmen des Ausfuhrlandes oder durch politische Ereignisse verursachten Unmöglichkeit der Zahlung oder Beitreibung uneinbring-

lich geworden ist. Der Bund wird sein Regreßrecht hingegen jedenfalls ausüben, wenn die vertragsmäßige Erfüllung des Liefervertrages aus Gründen unmöglich geworden ist, die der Exporteur oder seine Erfüllungsgehilfen zu vertreten haben oder wenn diese an Nichteingang der Zahlung ein Verschulden trifft. Das Kursrisiko geht auf jeden Fall zu Lasten des Exporteurs.

Der Bund wird in der Regel die Haftung erst vom Zeitpunkt der ordnungsmäßigen Versendung der Ware übernehmen. Über die in Einzelfällen mögliche Ausdehnung der Finanzierungsdauer — beginnend schon vom Zeitpunkt der Auftragserteilung — erteilen die Hausbanken Auskunft.

Der Exporteur hat seine Forderung sicherungshalber an die Hausbank abzutreten und dieser sein Verständigungsschreiben an den Drittschuldner zur Weiterleitung an denselben zu übergeben.

Der Exporteur wird im Wege seiner Hausbank von der Übernahme der Bundeshaftung, bzw. der Rediskontzusage der Österreichischen Nationalbank verständigt. Die Bundeshaftung und damit die Refinanzierungszusage erlischt, wenn der bewilligte Exportkredit vom Exporteur nicht innerhalb von 6 Wochen vom beantragten Zeitpunkt der Inanspruchnahme des Kredites ausgenutzt wird.

Als Treuhänder des Bundes wird die Österreichische Kontrollbank A. G., Wien, fungieren. Sie wird auch — sofern die Voraussetzungen dafür gegeben sind — im Einvernehmen mit der Hausbank das wechselrechtliche Regreßrecht gegen den Akzeptanten des Wechsels geltend machen, beziehungsweise die an sie abzutretenden Schadenersatzforderungen und Ansprüche gegenüber dem in Verzug geratenen ausländischen Besteller verfolgen.

Der Exporteur hat für den Eskont der Exportwechsel 3 Prozent über der jeweiligen Bankrate, das sind gegenwärtig 6½ Prozent p. a. als Kreditkosten zu entrichten.

Die ersten Wechsel sind stempelspflichtig, während die Prolongationswechsel unter den im Ausfuhrförderungs-gesetz enthaltenen Bedingungen gebührenfrei sind.

CONFIDENTIAL**Warenkredite für Israel**

Da in letzter Zeit eine Reihe von Ländern Israel Warenkredite beträchtlichen Ausmaßes mit mehrjähriger Laufzeit eingeräumt hat, ist ein Großteil der Einfuhrbestimmungen ziemlich illusorisch geworden. Neben den bekannten Krediten aus den USA wurde Israel von Frankreich ein fünfjähriger Kredit im Gesamtwert von 15 Mill. Dollar eingeräumt. Aus diesem Kredit wird Israel Baumaterialien jeder Art, Eisenbahnschienen und Schwellen, Schlafwagen, nahtlose Rohre, Edelstahlprodukte, Zement, Schwerechemikalien und Wollgarne, 3.400 t Grob- und Mittelbleche, sowie — angeblich — 25.000 m³ österreichisches Schnittholz erhalten. Für rund 1 Mill. Dollar ist die Lieferung von Nahrungsmitteln aus den französischen Kolonien vorgesehen. Dieser 15-Mill.-Dollar-Kredit wurde von der französischen Regierung zu 100 Prozent garantiert. In den letzten Wochen ist die Auslieferung von Waren im Rahmen dieses Kredites jedoch ins Stocken gekommen. Es wird nämlich über einen weiteren Kredit von Frankreich an Israel in der Höhe von 14 Mill. Dollar verhandelt, für den von israelischer Seite dieselben günstigen Konditionen, wie beim ersten Kredit gefordert werden. Daraufhin hat sich Frankreich mit den Warensendungen im Rahmen des ersten Kredites eine gewisse Zurückhaltung auferlegt.

Schweden steht mit Israel seit mehr als drei Monaten in Verhandlungen wegen eines langfristigen Kredites in der Höhe von rund 10 Mill. Dollar, dessen Laufzeit gleichfalls fünf Jahre sein sollte. Von schwedischer Seite dürften jedoch kaum mehr als drei Jahre konzidiert werden. Obgleich Einzelheiten über die Warenlisten streng geheim gehalten werden, ist doch durchgesickert, daß verschiedene Holz- und Stahlwaren nahezu drei Viertel der Gesamtlieferungen ausmachen sollen. Mitte August wurden die Verhandlungen jedoch abgebrochen und die israelischen Holzimporteure angewiesen, vorläufig anstatt in Schweden, aus Österreich und Jugoslawien Holz zu beziehen.

Mit der Schweiz konnte Israel nach langen Verhandlungen zum Abschluß eines fünfjährigen Kredites auf 25 Millionen Schweizer Franken gelangen. Die ersten Telefonanlagen, die aus diesem Kredit nach Israel geliefert wurden, werden dort bereits zur Installierung von Anschlüssen verwendet. Ferner dürften Textilien, Spezialmaschinen und Werkzeuge, Chemikalien und Rohstoffe für die Arzneimittelbranche, sowie verschiedene schweizerische Transitwaren die Hauptartikel im Rahmen der schweizerischen Exporte darstellen. Eine staatliche Garantie ist bei der Schweiz, wie übrigens auch bei Schweden nicht vorgesehen, sondern die Abwicklung über Großbanken.

Der israelisch-türkische Handelsvertrag ist in diesem Zusammenhang auch zu erwähnen, da er die Kreditgewährung in der Höhe von 80.000 Dollar im ersten Jahr der Vertragsdauer vorsieht. Laut neuesten Informationen ist eine Ausdehnung dieses Kredites auf 350.000 engl. Pfund in Erwägung gezogen. Hier dürften allerdings auch politische Erwägungen mitspielen. Soweit Einzelheiten bekannt sind, wird Israel aus eigener Produktion oder aus dem Transitgeschäft folgende Waren nach der Türkei liefern: Wollstoffe, Baumwollgarne, Kühlanlagen, Automobile, medizinisch-elektrische Anlagen, Medikamente und Waschmaschinen. An Exporten der Türkei nach Israel sind Nahrungsmittel inklusive Lebendvieh, aber auch gewisse Rohmaterialien vorgesehen. Im Rahmen dieses fünfjährigen Handelsvertrages übernimmt die Regierung der Türkei die Haftung für den bereits sicheren Kredit von 80.000 Dollar, bei 1prozentiger Verzinsung.

Es ist erklärlich, daß die israelischen Behörden allen Waren, die auf Kredit nach Israel kommen, Importerleichterungen gewähren und damit, wie eingangs erwähnt, die bestehenden Importverbote (sogar das „Gesetz zum Schutz der heimischen Industrie“) so gut wie keine Anwendung finden.

Angesichts des ständigen Sinkens des israelischen Pfundes seit dem Frühjahr auf den freien Märkten in Zürich, New York und London (Kursverschlechterung seit Jänner 1950 um fast 50 Prozent), war der Warenverkehr zwischen Österreich und Israel im Rahmen der Übereinkommen der beiderseitigen Staatsbanken fast völlig zum Stillstand gekommen und nur einzelnen österreichischen Firmen gelang es durch Sonderabmachungen, ihre

Lieferungen kontinuierlich zu halten. Anfang August wurden jedoch nach zahlreichen Interventionen, die Lizenzen für Importe und Kompensationen aus Österreich größtenteils erteilt. Die Schwierigkeiten scheinen damit behoben zu sein.

Preisänderungen bei Außenhandelsgeschäften

Das Büro der Außenhandelskommission macht darauf aufmerksam, daß jede Änderung von Preisen oder Mengen bei bereits genehmigten Außenhandelsgeschäften einer neuerlichen Bewilligung bedarf. Das gleiche gilt für Qualitätsänderungen, Veränderungen in den Lieferbedingungen, Zahlungskonditionen oder sonstigen Geschäftsbedingungen, sofern dadurch eine essentielle Änderung des Geschäftes eintritt. Die Genehmigungen sind beim Büro der Außenhandelskommission unter Beibringung beweiskräftiger Unterlagen einzuholen. Sofern eine vorbegutachtende Stelle mit der Preisprüfung befaßt ist, ist es zweckmäßig, zuerst die Zustimmung dieser einzuholen und erst dann den Änderungsantrag bei der Außenhandelskommission zu stellen. Ergibt sich im Zuge der Abwicklung eines Geschäftes die Notwendigkeit, eine Ware durch eine andere oder eine Lieferfirma durch einen anderen Lieferanten zu ersetzen, ist gleichfalls die vorherige Zustimmung der Außenhandelskommission einzuholen.

Schweden und die Chicago-Messe

Die meisten schwedischen Aussteller auf der I. Internationalen Mustermesse in Chicago erklärten, daß sich ihre Teilnahme gelohnt habe und daß sie sich dafür entschlossen hätten, den Markt des amerikanischen Mittelwestens weiter intensiv zu bearbeiten. Allerdings mußten die Aussteller feststellen, daß sich im Messepublikum verhältnismäßig wenig Käufer befanden, ein Mangel, der sich erst in der zweiten Messewoche besserte. In der ersten Woche waren hauptsächlich Interessenten aus New York, Chicago und aus Südamerika zu bemerken, der Mittelwesten war erst später vertreten. Auch die schwedischen Aussteller haben über ernste organisatorische Mängel zu klagen. So erwies sich die Placierung der Schwerindustrie zehn Kilometer von dem übrigen Messegelände entfernt als störend und nachteilig; die Folge dieses Organisationsfehlers war ein außerordentlich schwacher Besuch der Maschinenabteilung. Die Messeleitung in Chicago hat den Ausstellern zugesagt, daß sie diesen Fehler, den sie selbst erkannt hätte, nicht wiederholen würde. Den Teilnehmern wurden auch Fragebögen zugestellt, in die sie ihre Beobachtungen und Verbesserungsvorschläge eintragen können, um so die Messeleitung bei der Organisation der nächstjährigen Mustermesse zu unterstützen.

Bei einer Zusammenkunft der schwedischen, norwegischen und dänischen Aussteller wurde festgestellt, daß ihre Erfahrungen im großen und ganzen die gleichen waren und daß die II. Mustermesse in Chicago im Herbst 1951 von einer besseren Publizität werde begleitet sein müssen als die eben abgeschlossene Ausstellung 1950.

Neue Devisenkurse in Argentinien

In Buenos Aires gab der argentinische Finanzminister Alfredo Gomez bekannt, daß ab 29. August neue Relationen des Pesos zu den auswärtigen Währungen in Kraft getreten sind. Die neue Kursfestsetzung, und zwar 5,0 und 7,5 Pesos für einen Dollar tritt an die Stelle der bisherigen komplizierten Scala der argentinischen Devisenkurse, die sich von 3,35 bis über 7 Pesos per Dollar erstreckte und nach der Warenart, bzw. der Verwendung der Devisen richtete. Neben den beiden Kursen von 5,0 und 7,5 wurde ein neuer „Freier Marktkurs“ eingeführt, dessen Höhe nunmehr 14,63 Pesos für einen Dollar gegenüber bisher 9,2 Pesos beträgt.

Die Festsetzung der Kurse für verschiedene Waren läuft auf eine beträchtliche Preiserhöhung für Importe hinaus. Der Kurs von 5 Pesos wird nur für Brennstoffe (Kohle, Koks und Heizöl) angewandt. Dagegen findet der Kurs von 7,5 auf das Gros der Importwaren Anwendung. Darunter fallen Zeitungspapier, Werkzeug- und landwirtschaftliche Maschinen und ihre Ersatzteile, Elektromotoren, Lastkraftwagen, Autobusse, Grammophonplatten, verschiedene Papiersorten, Natur- und syntheti-



hochwertige
ELEKTRISCHE
MESSGERÄTE

Anschlußwert-
Leistungsmesser

NORMA
FABRIK ELEKTRISCHER MESSGERÄTE
WIEN XI/79, FICKEYSSTRASSE 1-11

cher Kautschuk, Kaffee, Tabak, verschiedene Stahl- bzw. Eisensorten, Schiffe von mehr als 1000 BRT, verschiedene Holzarten, Druckmaterialien, verschiedene Textilien aus Wolle, Baumwolle, Seide und Kunstseide, ferner Bücher, Medikamente, Chemikalien, Schmieröle und Zinnplatten. Wie von der argentinischen Zentralbank erklärt wurde, werden die nicht ausdrücklich in den Listen genannten Waren zum Kurs des freien Marktes verrechnet. Die Zentralbank veröffentlichte ferner eine ausgedehnte Liste von Waren, die nur unter gewissen Bedingungen eingeführt werden können, so wenn der betreffende Importeur vor dem 1. August Guthaben im Ausland besaß oder wenn Waren von einer Auslandsfirma zu Investitionszwecken nach Argentinien geschickt werden.

Nach den Worten des argentinischen Finanzministers wird der Kurs des freien Marktes vor allem im Finanztransfer angewendet werden. Darunter ist in erster Linie der Kapitaltransfer ausländischer Firmen in Argentinien und die Überweisung von Arbeitsverdiensten von Ausländern zu verstehen. Wichtig ist die Bestimmung, daß ab 1. August der Transfer von Gewinnen ausländischer Gesellschaften in Argentinien mit einer gewissen Begrenzung erlaubt ist. Dies bezieht sich nicht nur auf bestehende Firmen, sondern auch auf solche, die erst in Hinblick in Argentinien arbeiten werden. Die Regierung beabsichtigt, durch die Erleichterung der Bestimmungen über die Einfuhr von Industrieausrüstungen zu Investitionszwecken den Kapitalzustrom nach Argentinien zu fördern. Weiter wurde bekannt gegeben, daß die argentinische Regierung in Zukunft sogenannte „Non-Essential“-Exporte zum freien Kurs begünstigen werde. Von der Neuregelung erwartet man sich in Buenos eine Steigerung der argentinischen Exporte infolge der eintretenden Preisermäßigungen.

Ostdeutsches Außenhandelsverfahren geändert

Während bisher Exportgeschäfte ostdeutscher Firmen auf Grund von pro forma-Fakturen und Exportgenehmigungen bewilligt wurden, wird nunmehr das Ministerium für innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung auf Grund eines Exportauftrages die Genehmigung erteilen. Was die Bezahlung betrifft, so erfolgt sie ausschließlich in Ostmark, und zwar durch die Außenhandelsbanken an das Exportwerk. Jene Beträge, die die Stoppreise überschreiten, verfallen ohne jede Vergütung zugunsten des Staates. Das aufgezeigte neue Außenhandelsregime in Deutschland wurde mit Wirkung vom 1. August 1. J. in Kraft gesetzt.

Einfuhr nach Pakistan teilweise frei

Die Zentralregierung in Pakistan erteilte mit Wirksamkeit ab 1. Juli 1. J. bis auf Widerruf für die nachstehend genannten Waren eine allgemeine Lizenz unter der Voraussetzung, daß die Waren nicht aus folgenden Ländern eingeführt werden: Schweiz und Liechtenstein, Japan und Italien sowie die Länder der amerikanischen Verrechnungszone.

Dies handelt sich um folgende Waren: Eisen und Stahl, Metalle (nicht eisenhaltige und Eisenlegierungen), Werkzeuge und Werkstättenausrüstungen, Kleider getragen, Bekleidung, Kurz- und Schnittwaren, Putz- und Modewaren, n. B., Bücher und Zeitschriften, Asbestzeugnisse, Leitungsrohre, Steingutrohre und sanitäre Artikel, feuerfeste Platten (fireboards), Hartplatten, Isolierplatten, Sperrholzplatten, feuerfeste Ziegel, (firebricks), Chemikalien, Drogen und Medikamente, Farben, Farb- und Gerbstoffe, Ton- und Porzellanwaren, Glas und Glaswaren, elektrische Instrumente, Apparate und Geräte, Kohle und Koks (coal and coke only), Eisen- und Metallwaren, Instrumente, Apparate und Geräte, alkoholhaltende Essenzen für die Getränkeindustrie, Maschinen, klein, für Haushalts- und Bürogebrauch, Maschinen, Fabrikmachines (Mill-work) und Bestandteile, Zündhölzer (ungetauchter Holzdraht und Kanariere);

Öle und Fette, Kopa und Kokosnußkerne, Reißblei und Graphit, Papier, Karton und Pappen, Röntgenfilme, Gläser, Linsen und Linsenrohlinge, Butter und Butterschmalz, Käse aller Art, Milchkindermährrmittel und Milchpulver, Malz, Gewürze aller Art, Gummi roh, Dauerschablonen, Druckerfarbe, Schiefertafeln und Griffel, Kammzug, Kunststoffgarne und Zwirne, Wollgarne und Stickwolle, Baumwollzwirne und -garne, Gewebe, mehr als 90 Prozent Wolle enthaltend, Gewebe, mehr als 90 Prozent Baumwolle enthaltend, cif-Wert nicht über 1 Rupie pro Yard, Flugzeuge und deren Bestandteile und Zubehör, Fahrräder, nur komplette Motorlieferwagen, Omnibusse, Lastkraftwagen und Traktoren, neu, Tramwagen, deren Bestandteile und Zubehör, Teile und Zubehör für alle Schienenfahrzeuge (automotive vehicles), Rohr und Rotang, ausschließlich Bambusrohre, Holz und Bauholz aller Art, Zelluloid, Korkware, Domäne für die Erzeugung von Knöpfen, Federn, Zubehör für Gasmenschen, Sonnen- und Regenschirme, Flußspat, Ful-

lers Bleisilber und Magnesiumverbindungen, Leim, Gummi, Harz und Lack, Kurststoff in Platten, Stäben, Rohre und Kunststoffmasse aus Zelluloseacetat, Cresol, Formaldehyd, Phenolformaldehyd und anderem ähnlichen Material, Teekisten und deren Teile und Beschläge.

Neue Außenhandelsgesellschaft der CSR

Wie uns aus Prag mitgeteilt wird, wurde eine weitere Monopolgesellschaft für den tschechoslowakischen Außenhandel „Technospol“ mit Sitz in Prag errichtet. Die Firma lautet: „Technospol, Aktiengesellschaft für Vermittlung der wissenschaftlich-technischen Hilfe“; die Gesellschaft besitzt die ausschließliche Berechtigung zum Erwerb von Patenten, Patenteinräumungen, Schutzmarken und Mustern aus dem Ausland, zur Übergabe und Übernahme technischer Dokumente, Produktionsunterlagen und Bauprojekte im Verkehr mit dem Ausland, zur Vermittlung bei der Durchführung technologischer Prüfungen und zum Abschluß von Vertragsverhandlungen über die sich aus der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit ergebenden Verbindlichkeiten.

Ägypten als Absatzmarkt

Die Möglichkeiten, die Ägypten als Abnehmer und Lieferant der österreichischen Wirtschaft bietet, sind bei weitem noch nicht ausgenutzt. Es ist daher zweckmäßig, daß sich interessierte Firmen über die spezifischen Eigenschaften des ägyptischen Marktes beim österreichischen Handelsdelegierten Karl Schneider, 16, rue Talaat Pacha Harb, Alexandrie, informieren. Die Prüfung der realen Absatzmöglichkeiten, sowie die Namhaftmachung geeigneter Vertreterfirmen und Ex- und Importunternehmungen ist nur auf Grund konkreter Offerte, die in Pfund-Sterling erstellt sind, (ab Grenze, bzw. fob Ausfuhrhafen) nebst Prospektmaterial möglich. Soweit die Anschriften von Lieferanten gewünscht werden, müssen die entsprechenden Ansuchen eine genaue Detaillierung der gewünschten Waren und zweckmäßigerweise auch Angaben über die gültigen Weltmarktpreise enthalten.

Zollnachrichten

Brüsseler Zollnomenklatur

Die Brüsseler Studiengruppe für die europäische Zollunion hat den Teilnehmerstaaten anlässlich der im Juli d. J. erfolgten Tagung den Entwurf einer vereinfachten Nomenklatur vorgelegt, der nunmehr als Grundlage für die kommende europäische Zollunion dienen soll. Diese vereinfachte Nomenklatur unterscheidet sich von den Entwürfen der Jahre 1948 und 1949 hauptsächlich dadurch, daß sie lediglich Hauptpositionen umfaßt. Zusammen mit der Definition des Warenwertes für Verzollungszwecke und mit den allgemeinen Auslegungsregeln sollen die Hauptpositionen für die an der geplanten Zollunion teilnehmenden Staaten verbindlich erklärt werden. Die Unterteilung der Hauptpositionen soll den einzelnen Staaten freigestellt bleiben. Auch hinsichtlich der Höhe der Zollsätze bleibt zunächst die Freiheit der Gesetzgebung der einzelnen Staaten gewahrt. Der nächste Schritt dient also lediglich der Schaffung einer gemeinsamen Nomenklatur für die Hauptpositionen und der Einführung eines einheitlichen Begriffes für den Warenwert zu Verzollungszwecken und zur Auslegung der Nomenklatur.

Da die zur Beurteilung über den vereinfachten Entwurf der Nomenklatur gestellte Frist offenkundig zu kurz ist, um ein abschließendes Urteil zu fällen, wird sich die Abteilung für Handelspolitik und Außenhandel der Bundeskammer darauf beschränken, grundsätzlich zu den oben geschilderten Plänen Stellung zu nehmen und bis 11. September d. J. im Rahmen ihres Zollreferates festzustellen, ob die gegenwärtige österreichische Zollnomenklatur in Form von Unterpositionen in die als verbindlich gedachten Hauptpositionen des Brüsseler Entwurfes 1950 eingearbeitet werden kann. Hierbei wird nach Möglichkeit auf die anlässlich der Beurteilung der Entwürfe 1948 und 1949 geäußerten Anregungen der Fachverbände und Firmen Bedacht genommen werden.

Zollfreiheit bzw. Zollermäßigung für Maschinen und Apparate

Maschinen und Apparate, für die um Zollbefreiung, bzw. Zollermäßigung nachgesucht wurde, konnten, solange die im Anhang zur Anlage A des bezüglichen Erlasses vorgesehene Kommission noch nicht zusammengetreten war, gegen Vorlage der erforderlichen Einfuhrbewilligung auf die Dauer von drei Monaten der Eingangsvormerkbehandlung zum ungewissen Verkauf unterzogen werden. Nach dem Zusammentritt der Kommission (Ende Juni 1. J.) wurden Anfang August die erteilten Weisungen bezüglich der Eingangs-Vormerkung mit sofortiger Wirksamkeit außer Kraft gesetzt.

CONFIDENTIAL

Tarifnachrichten

Es ergibt sich daher die Notwendigkeit, bei jeder Einfuhr von Maschinen und Apparaten der TNr. 435—441 und 459, Anm. 3, sowie von Waren der TNr. 442/445, 446, 449 und 450, für die um Zollfreiheit bzw. Zollermäßigung nachgesucht werden soll, das an das Bundesministerium für Finanzen zu richtende Ansuchen sofort nach Erhalt der zugehörigen Einfuhrbewilligung bei der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft, Abteilung für Handelspolitik und Außenhandel in Wien III, Metternichgasse 4, oder beim Bundesgremium des Handels mit Maschinen in Wien I, Stubenring 8—10 einzureichen, da bei Nichtvorliegen des Zollfrei- bzw. Zollermäßigungsbescheides im Zeitpunkt der Zollabfertigung die Verzollung zum vollen Zollsatz durchgeführt werden muß.

Hinsichtlich des Ansuchens selbst wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Benützung und genaue Ausfüllung des aufgelegten Formblattes die Einreichung erleichtert und die Beilage von drei nicht unterschriebenen Durchschlägen, von denen einer mit S 1.— Bundesstempel zu stempeln ist, die Erledigung des Ansuchens beschleunigt. Weitere Beilagen, wie Prospekte, Fakturen und dgl. sind ebenfalls mit je S 1.— Stempel zu versehen, um nachträgliche, erhöhte Stempelgebührenanforderungen zu ersparen. Die direkte Einreichung des Ansuchens beim Bundesministerium für Finanzen bedeutet einen Zeitverlust, da von dort die Ansuchen der Kommission zugeleitet werden müssen, die ihren Sitz im Büro der Bundeskammer in Wien III, Metternichgasse 4, hat.

Neuaufgabe handelsstatistischer Anmeldescheine

Durch Verordnung des Bundeskanzleramtes vom 12. Juni 1950 (BGBl. Nr. 143/50) werden mit 1. September 1. J. neue handelsstatistische Anmeldescheine der Muster 3—12 eingeführt. Ab 1. September 1. J. dürfen die alten handelsstatistischen Anmeldescheine Muster 3—12 nicht mehr verwendet werden.

Durch die Neuaufgabe der Anmeldescheine ist ab 1. September 1. J. die Abfassung der AHV-Beitragsklärungen im Durchschreibeverfahren nicht mehr möglich. Das Blatt B (statistischer Anmeldeschein für die Ausfuhr aus dem freien Verkehre) der vierteiligen Exportvaluta-(Ausfuhr-)erklärung wird mit gleichem Tage gegenstandslos. Die handelsstatistische Anmeldung hat bei der Ausfuhr aus dem freien Verkehr mittels Anmeldeschein (neues Muster 8) zu erfolgen.

Abänderung der Kostenbeitragsordnung

Durch Verordnung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau vom 14. Juli 1. J. (BGBl. Nr. 153/50 vom 17. August 1. J.) wurde ab 18. August der AHV-Kostenbeitrag von 0,3 Prozent auf 0,2 Prozent herabgesetzt. Weiters wurde die Frist der Beantragung zur Rückerstattung zu viel entrichteter Beiträge von zwei Wochen auf sechs Wochen verlängert. Die Frist beginnt mit dem Tage, an dem die handelsstatistische Anmeldung erstattet wurde. Die Rückerstattung ist beim Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau zu beantragen.

Bücher und Zeitschriften

Österreichisches Jahrbuch 1949. Nach amtlichen Quellen, herausgegeben vom Bundespressediens, 21. Folge, Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, Wien 1950, 444 Seiten.

Das bekannte Jahrbuch ist nunmehr neu erschienen und bietet wiederum eine Fülle interessanter Daten. In der Vorbemerkung wird unter anderem ausgeführt: Die vorliegende 21. Folge des Österreichischen Jahrbuches, der 4. Band nach der Befreiung Österreichs, gilt einer Darstellung der im Jahre 1949 erzielten Fortschritte des öffentlichen und Wirtschaftslebens Österreichs in der Beseitigung der Schäden der deutschen Besetzung und des zweiten Weltkrieges und der Wiederherstellung normaler Friedensverhältnisse.

Das Kapitel „Österreich in Zahlen“ erfuhr eine wesentliche Umarbeitung. Übersichten, für die neue Ziffern über das Jahr 1949 nicht zur Verfügung stehen, wurden teilweise gestrichen, dafür einzelne andere, insbesondere über

die Nationalratswahlen vom Oktober 1949, neu aufgenommen. Hier sei auf das seit 1937 soeben erstmalig wieder erschienene Österreichische Statistische Jahrbuch verwiesen, eine muster-gültige, vom Österreichischen Statistischen Zentralamt herausgegebene Publikation, die ein umfassendes Zahlenbild über Staat, Gesellschaft und Wirtschaft bietet.

Während auf einzelne kleinere Kapitel diesmal ganz oder teilweise verzichtet werden konnte, wie: Verfassungsgerichtshof, Liquidierung der Einrichtungen des Deutschen Reiches, Österreichische Staatsdruckerei u. a., wurden als von größtem aktuellem Interesse insbesondere Übersichten über die Nationalratswahlen vom Beginn der Republik an, über die Hilfslieferungen 1946—1949, über den Sporttoto und über die Buchproduktion neu aufgenommen.

Auch diesmal wieder wurde von der Ausschaltung zweckmäßiger oder ohne Störung des Zusammenhanges schwer vermeidbarer Wiederholungen abgesehen.

Möge auch diese neue Folge des Österreichischen Jahrbuches beson-

Mit Gültigkeit vom 15. August 1. J. haben die österreichischen Bundesbahnen die allgemeinen Bestimmungen für die Frachtermäßigung für Messen sowie für die Export- und Musterschau Dornbirn und das Welser Volksfest ver-lautbart. Die Ermäßigung wird für die Rückbeförderung der Ausstellungsgüter gewährt und beträgt 50 Prozent der tarifmäßigen Frachten, wobei Ausnahmetarife und der Sammeltarif nicht berücksichtigt werden. Die gleiche Frachtermäßigung für die Rückbeförderung genießen alle zu diesen Veranstaltungen beförderten und dort verwendeten Einrichtungen und Gerätschaften, wie Zelte, Baracken, Werkzeuge, Maschinen und dergleichen. Die Frachtermäßigung wird bei Veranstaltungen a) im Inland im Abfertigungswege, b) im Ausland im Rückvergütungswege gewährt. Auf diese Begünstigungen wird mit Rücksicht auf die bevorstehenden Herbstmessen in Wien und Graz besonders aufmerksam gemacht. Sie wird außer von den Bundesbahnen auch von allen wichtigeren österreichischen Privatbahnen gewährt.

Die österreichischen Bundesbahnen haben mit Gültigkeit vom 25. Juli 1. J. das bisherige Verzeichnis der sperrigen Güter im Gütertarif, Teil I, Abteilung B gestrichen und neu herausgegeben. In dieses Verzeichnis wurden nunmehr jene Güter aufgenommen, deren Beförderung auf der Bahn in nennenswerten Mengen in Frage kommen, was wegen der leichteren Übersichtlichkeit zu begrüßen ist.

Mit 1. Juni 1. J. wurde auf den österreichischen Bundesbahnen, wie in Nummer 21 der „Industrie“ vom 27. 5. 1. J. unter der Überschrift „Neuregelung der Frachtberechnung für Stückgüter“ ausgeführt wurde, die von der Industrie dringend verlangte Alternativberechnung zwischen Stückgut und Wagenladung wenigstens teilweise wiedereingeführt. Unsere Erwartungen, daß diese Regelung den Übergang zu den Bestimmungen bildet, die sich auf Grund rein kaufmännischer Erwägungen ergeben, haben sich leider nicht erfüllt; denn die Bundesbahnen haben die wahlweise Frachtberechnung nach der Stückgutklasse für das wirkliche Gewicht oder nach der Wagenladungsklasse für 5000 Kilogramm gemäß Ausnahmetarif 5 nunmehr auf Sendungen eingeschränkt, die vom Absender nach Vereinbarung mit der Eisenbahn als Stückgut verladen und vom Empfänger entladen werden. Für Sendungen unter 5000 Kilogramm, die von der Eisenbahn verladen werden, ist nun wieder die Stückgutklasse zu rechnen. Welche Vorteile eine derartige Regelung den Eisenbahnen bringt, ist nicht erfindlich, sicher aber ist, daß derartige kleinliche Bestimmungen nur zur Verärgerung der Verfrächter führen. Es kann dann die ÖBB. nicht wundern, wenn sich die Wirtschaft anderer Verkehrsmittel bedient, die ihre Beförderungspreise nach kaufmännischen Grundsätzen erstellen. Die Industrie muß immer wieder verlangen, daß die ÖBB. zu den einfachen Frachtberechnungsbestimmungen zurückkehren, die bei fast allen europäischen Eisenbahnen gelten und auch in Österreich bis 1. 6. 1947 stets angewendet wurden.

ders auch dem Ausländer und dem Ausland-Österreicher zeigen, daß wieder ein gutes Stück des weiten und mühevollen Weges zur Normalisierung der Verhältnisse in Österreich zurückgelegt worden ist.

STELLENGESUCHE

Handelsakademiker

24 Jahre, bewandert im Devisen- und Akkreditivwesen, engl. Korrespondenz, etwas Französisch, Maschinenschreiben, Stenographie,

sucht sich zu verändern.

Unter „Ambitious 1812“ an die Verw. d. Bl.

Fremdsprachen-Korrespondent

für Englisch, Französisch, Italienisch und Spanisch, mit gründlicher Export- und Auslandspraxis, ehemaliger Marineoffizier,

sucht passende Stellung in der Industrie. Ausgezeichnete Referenzen stehen zur Verfügung. Zuschr. unter „Auch als Auslandsverkäufer erprobt 1810“ an die Verw. d. Bl.

Kraftfahrer

50 Jahre alt, seit 30 Jahren in Stellung, besitzt Führerschein für alle Klassen. Seit Kriegsende bei Wiener Firma in Stellung,

wünscht seinen Posten zu wechseln.

Unter „Verlässlich“ an die Verw. d. Bl.

Verlag, Eigentümer und Herausgeber: „Die Industrie“, Zeitschriftenverlags Ges. m. b. H., Chefredakteur Dr. Ernst Müller, verantwortlich für den Inhalt Redaktionskomitee: Dr. Ernst Müller und Dipl.-Ing. Rudolf Wenzl. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Walter Müller. Alle Wien VIII, Plaristengasse 17 — Druck: Mechtaristendruckerei, Wien VII, Mechtaristengasse 4.

V. B. B.

WIENER INTERNATIONALE HERBSTMESSE

10. bis 17. September 1950

MESSEPALAST

Mode / Luxus / Täglicher Gebrauch
Ausstellung der kunststoffverarbeitenden Betriebe



ROTUNDENGELANDE

Technik, Industrie und Gewerbe
Landwirtschaft / Weinkost
Österreichische Fischerei-
Ausstellung

Offizielle Beteiligungen

Bulgarien Holland Italien Jugoslawien Polen Rumänien

Die MESSE-MODESCHAU findet während der ganzen Messewoche täglich um 16.30 Uhr im großen Festsaal des Wiener Rathauses in Verbindung mit einer Blumenschau statt. Karten in beiden Messehäusern und in allen Kartenbüros.



ZUR RATIONALISIERUNG UND MODERNISIERUNG DER BETRIEBE

Leistungsfähige elektrische Antriebe
Moderne Schaltanlagen
Stahlgekapselte Verteiler
Steuertafeln
Schaltgeräte, Motorschutzschalter
Großinstallationen
Transformatorstationen

816

EIN STAB GESCHULTER FACHLEUTE STEHT FÜR TECHN.
BERATUNG U. ANBOTSTELLUNG ZUR VERFÜGUNG

"ELIN"

AKTIENGESELLSCHAFT FÜR
ELEKTRISCHE INDUSTRIE

Zentrale: Wien I, Volksgartenstraße 1-5
Inlandbüros: Graz, Innsbruck, Linz, Klagenfurt

Die sechsmal im Jahre erscheinenden

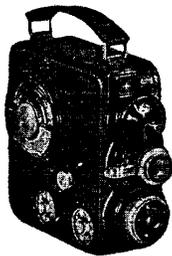
Mitteilungen der Österr. Handelskammer in der Schweiz

unterrichten Sie über alle
aktuellen Fragen des
schweizerisch-österreichischen
Handelsverkehrs.

Probenummern, Abonnements zum Preise von
ö. S. 50.- pro Jahr (einzuzahlen auf das Konto
der Österreichischen Handelskammer in der
Schweiz bei der Creditanstalt-Bankverein in
Wien I, Scheckkonto Nr. 20.772) und alle
weiteren Auskünfte bei der Österr. Handels-
kammer für die Schweiz und Lichtenstein in
Zürich 8, Mühlebachstraße 28

JEDE FEHLBELICHTUNG AUSGESCHLOSSEN!

EUMIG C 3



SCHMALFILM-KINOKAMERA

FÜR 8 mm FILM
MIT EINGEBAUTEM
AUTOMATISCHEM
BELICHTUNGSMESSER
OPTIK 1:1,9
ANTIREFLEX-BELAG



I N D E N F A C H G E S C H A F T E N